



**Gleiche Rechte
Arbeit für Alle
Gegen Gewalt und §218**

***Uns reicht's —
wir schlagen zurück!***

Das VORAN-Frauen-Programm

Inhalt

Einleitung	3
Frauen und Erwerbsarbeit	5
Löhne und Arbeitsbedingungen	5
Teilzeitarbeit	7
Frauen und Mädchen in der Ausbildung	9
Frauen und Arbeitslosigkeit	10
Frauen in Ostdeutschland	12
Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz	14
Generalangriff auf ArbeitnehmerInnen	16
Familie unter Druck	18
Gewalt gegen Frauen	22
Die "Institution Familie"	22
Gewalt ist alltäglich!	23
Gewalt in der Familie	25
Prostitution	28
Weg mit § 218	29
Ausländerinnen	32
Türkische Frauen	34
Immunität gegen Faschismus?	36
Weg für schlagen zurück!	39

pressum

erausgegeben von:

FRAN zur sozialistischen Demokratie e.V. Hansaring 4, 50670 Köln.
02 21 / 13 45 05 oder 13 46 04 Fax 13 72 80

Verbindung: Kto.-Nr. 2500 59-430, Postbank Essen, BLZ 360 100 43
ck: BM-Druck, Köln

Auflage März 1994

er Broschüre haben mitgewirkt:

immermann, Claudia Weigelt, Dilek Cosan-Becker, Martha Kiss,
Oppenoorth, Mirijam Alberti, Georgia Roumelioti, Helgard Schulze,
Stark-Murgia, Lucie Dussle-Winter, Fiz Garvie. Referentinnen aus
n Kreis können zu einzelnen Themen bei der Redaktion angefragt
n.



Einleitung

§ 218, Massenarbeitslosigkeit von Frauen, Kindergartennotstand, Sozialhilfekürzung, Gewalt gegen Frauen, Angriffe auf Alleinerziehende, Zukunftsangst... Das ist Frauenalltag 1994. Es ist Zeit, sich zu wehren!

In den letzten zwanzig Jahren hat sich für Frauen und Mädchen in Deutschland vieles zum positiven geändert. So waren 1992 von allen Erwerbstätigen 41 Prozent Frauen, 1970 waren es nur 36 Prozent. Von den 3 Mio. Arbeitsplätzen, die in den 80er Jahren neu entstanden sind, wurde mehr als die Hälfte von Frauen besetzt. Frauen drängen auf den Arbeitsmarkt, obwohl sie immer noch für Kinder und Haushalt verantwortlich und Familie und Beruf schwer vereinbar sind.

Doch Frauen sind heute, im drittreichsten Land der Welt, weit davon entfernt, ihren männlichen Kollegen gleichgestellt zu sein. Sie verdienen durchschnittlich immer noch ein Viertel weniger und werden von den Arbeitgebern als ArbeitnehmerInnen zweiter Klasse betrachtet. Wenn Arbeitskräfte gebraucht werden, werden die Frauen umworben. Wenn dagegen die Wirtschaft in die Krise gerät, heißt es dann für sie: "Ab nach Hause"! Dies wird dadurch sichtbar, daß Frauen überdurchschnittlich von der Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die ostdeutschen Frauen sind die absoluten Verliererinnen der "deutschen Einheit": Dort sind von 3 Arbeitslosen 2 Frauen!! Nach Berechnungen des DGB sind mindestens 1,8 Mio. Frauenarbeitsplätze in Ostdeutschland seit 1989 vernichtet worden.

Im großen Nachkriegsaufschwung konnten viele Fortschritte in Richtung Gleichberechtigung – hauptsächlich auf Druck der Gewerkschaften – erzielt werden. Es gab erfolgreiche Kämpfe gegen die Beschäftigung von Frauen in Leichtlohngruppen und für die tarifliche Absicherung

und Gleichstellung von Teilzeitkräften im öffentlichen Dienst, Ausbau des Mutterschutzes, eine Beschäftigungsgarantie während des Erziehungsurlaubs, um nur einige zu nennen. Es war möglich, von den Unternehmern einen höheren Anteil am Lohnkuchen zu erkämpfen. Doch jetzt – in der Rezession – wollen die Unternehmer diese Errungenschaften zurückholen. Auch staatliche Maßnahmen wie z.B. die Angriffe auf das Abtreibungsrecht (hier sind wiederum die ostdeutschen Frauen am härtesten betroffen) und die beharrliche Weigerung, eine flächendeckende Kindergartenversorgung zu schaffen, setzen die Fortschritte aufs Spiel.

Das dürfen wir nicht zulassen! Von einer wirklichen Gleichberechtigung kann noch nicht die Rede sein. Nach wie vor arbeiten die meisten Frauen (trotz gleich guter Schulabschlüsse) in einigen wenigen "typischen" Frauenberufen, die von vornherein schlechter bezahlt sind als andere, eher von Männern besetzten Berufen. Ein Drittel aller berufstätigen Frauen arbeitet teilzeit, nicht wenige davon in ungeschützten Arbeitsverhältnissen ohne soziale Absicherung. Nach wie vor werden Frauen langsamer befördert als ihre männlichen Kollegen und sind sie absolut unterrepräsentiert in den Führungsetagen (ca. nur 7 Prozent).

Nicht zuletzt sind wir kraft unseres Geschlechts ständig mit Gewalt konfrontiert. Alle 3 Minuten wird eine Frau vergewaltigt, Millionen von Frauen sind der Erniedrigung und Mißhandlung durch ihren Partner ausgesetzt. Vergewaltigung in der Ehe wird nicht gesetzlich bestraft, Pornographie ist nicht verboten, Frauenhandel und Prostitution sind ein Milliardengeschäft und betreffen Hunderttausende Frauen. Das ist Alltag für Frauen und Mädchen im kapitalistischen Deutschland.

Alle Rechte, die Frauen heute haben – vom Wahlrecht bis zum Erziehungsurlaub – sind im wesentlichen von den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Frauenbewegung erkämpft worden. Auch heute sind diese Organisationen die einzige gesellschaftliche Kraft, die eine Rückkehr zu den schlechten alten Zeiten verhindern kann. Wir Frauen brauchen die Gewerkschaften – aber sie brauchen uns auch! Wir meinen, daß die Gewerkschaften die Interessen der Frauen endlich ernst nehmen und im Kampf gegen die Unternehmer einbeziehen müssen.

Die vorliegende Broschüre ist nicht nur ein Diskussionsbeitrag zur Debatte um die Gleichberechtigung, sondern ein **Programm für Frauen, das Handlungsmöglichkeiten aufzeigen will**. Es ist unser erster Versuch, das Thema umfassend zu behandeln. Wir freuen uns über jede Rückmeldung! Wir bitten Dich/Euch, das Programm in Deiner/Eurer Betriebs- oder Frauengruppe zu diskutieren.

Redaktion VORAN, Februar 1994



Frauen und Erwerbsarbeit

Löhne und Arbeitsbedingungen

Unglaublich aber wahr, im hochentwickelten Deutschland gibt es immer noch keine Lohngleichheit! Im Schnitt verdienen Frauen 71 Prozent von dem, was Männer verdienen. Eine Angestellte in Industrie und Handel bekommt zum Beispiel für jede Mark, die ein Mann verdient, durchschnittlich 67 Pfennige (Bundesanstalt für Arbeit, *Arbeitsmarktreport Frauen*, Jan. 1994). Für diese Zahlen gibt es verschiedene Gründe: Frauen sind oft in Niedriglohnbranchen beschäftigt, werden allgemein öfter in Leichtlohngruppen eingestuft. Bei ihrem Lohn fallen Überstunden und Schichtzulagen weg. Oft arbeiten sie, um Kinder und Haushalt nebenbei zu bewältigen, in Teilzeitjobs. Aber auch wenn sie vollzeit arbeiten, ver-



dienern Männer bei gleicher Ausbildung im gleichen Beruf bereits ein Jahr nach Ausbildungsabschluß mehr!

Ca. 3/4 aller Frauen in Ost- und Westdeutschland arbeiten im Dienstleistungsbereich. Grundsätzlich wird diese Art von Arbeit geringer entlohnt als in der Industrieproduktion, wo nur 15 Prozent der berufstätigen Frauen beschäftigt sind. Darunter arbeiten aber die meisten als Hilfsarbeiterinnen, die weit weniger als die (männlichen) Facharbeiter verdienen. Aber wer legt fest, daß die Arbeit einer Krankenschwester oder Kassiererin leichter oder sogar weniger wert sei als die eines Werkzeugmachers? Mit welcher Berechtigung verdient ein Zahnarzt zehnmal so viel als eine Erzieherin?

In den typischen Frauenberufen wie Arzthelferin, Friseurin oder Verkäuferin, die zu den untersten Einkommensklassen gehören, profitieren die Arbeitgeber davon, daß die Frauen in Kleinbetrieben arbeiten und eine Interessensvertretung (Betriebsrat) erst ab 7 Beschäftigten gesetzlich vorgeschrieben ist. Da die Gewerkschaften sich in der Regel nicht für diese Betriebe interessieren, können die Ärzte, etc. ihre Beschäftigten nach allen Regeln der Kunst ausbeuten. Häufig werden z.B. Überstunden einfach nicht bezahlt, fristlose Kündigungen sind an der Tagesordnung.

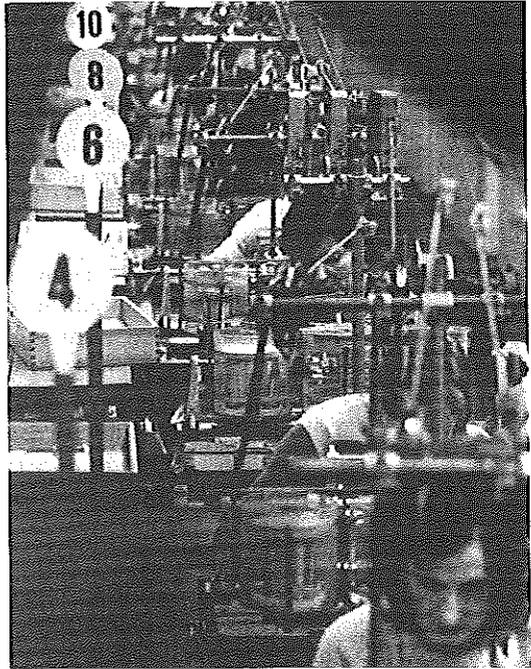
In sogenannten "frauenspezifischen Berufsgruppen" werden in ganzen Branchen die Löhne gedrückt - auch für Männer, die dort arbeiten, z.B. in der Textilindustrie. In anderen Branchen wird die Schicht von Frauen immer dünner, je höher die Gehaltsstufe ist.

Frauen verdienen weniger, obwohl sie nicht weniger hart arbeiten. Lohnunterschiede sind eine systematische Spaltung - Männer und Frauen werden gegeneinander ausgespielt. Teile und herrsche ist das Prinzip. Genau wie das kapitalistische System zwischen AusländerInnen, Beamte, An-

*Eine ehemalige Arzthelferin aus Hamburg erzählt:
"Ich lehne mich gegen Überstunden und miesen Ton auf: fristlose Kündigung. Es kommt zum Gerichtsverfahren und Vergleich. Niemand der im Laufe von 2 Jahren gekündigten Arzthelferinnen (71) traut sich, gegen den Arzt auszusagen. Ihre Begründung: Sonst bekämen sie Schwierigkeiten mit ihrem eigenen Job, bzw. würden keinen neuen finden."*

*Und bei einer Gynäkologin:
"Arbeitszeit: 44 Stunden an vier Tagen, manchmal am Wochenende, immer unbezahlt. Strategie der Ärztin: Wir, die zwei Vollzeitkräfte gleichen Alters, sollten als "Bosse" die Azubis (zwei Türkinnen) unter Druck setzen, die Drecksarbeit zu machen, um selbst die Hände frei zu haben für kompliziertere Untersuchungen und ihr selbst somit Spielraum zu geben, noch mehr Patientinnen anzunehmen. Der Arbeitsdruck war so groß, daß Sicherheitsempfehlungen im Bezug auf AIDS vernachlässigt wurden..."*

gestellte und ArbeiterInnen Keile treibt, werden Männer und Frauen durch Ungleichbehandlung gegeneinander aufgebracht. Der effektive Kampf um Gleichberechtigung muß bei der wirtschaftlichen Gleichstellung anfangen und mit den Männern gemeinsam erkämpft werden. Deshalb fordern wir:



- ★ *Abschaffung der Leichtlohngruppen – Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!*
- ★ *Einen Mindestlohn für beide Geschlechter von 1800,- DM netto*
- ★ *Rentengleichheit bei Witvern und Witwen. Mindestrente für Frauen und Männern von 1800 DM*
- ★ *Gewerkschaftliche Aufsicht darüber, daß tarifliche Standards in Bezug auf Löhne und Arbeitsbedingungen auch in Kleinbetrieben eingehalten werden*

Überhaupt brauchen wir eine Neubewertung des Arbeitsbegriffs dahingehend, daß besonders stressige, stumpfsinnige oder verantwortungsvolle Berufe (im Vergleich zu den "akademischen") mit einem hohen Lohn- oder Freizeitausgleich honoriert werden.



Teilzeitarbeit

Im "Dienstleistungsaufschwung" der 80er Jahren sind Frauen verstärkt auf den Arbeitsmarkt gedrungen. Insgesamt sind 1,7 Mio. neue Frauenarbeitsplätze entstanden, doch hauptsächlich Teilzeitstellen. So ist die Teilzeitquote der abhängig beschäftigten Frauen von 24 Prozent (1970) auf 35 Prozent (1992) gestiegen. Im öffentlichen Dienst hat sich die Zahl der Teilzeitstellen seit Mitte der 80er Jahre fast verdoppelt. Viele Frauen arbeiten lieber teilzeit, damit sie mehr Zeit für die Familie haben. Solange, wie im öffentlichen Dienst, die Bezahlung und Arbeitsbedingungen durch den Bundesangestelltentarif (BAT) geregelt sind, ist nichts dagegen einzuwenden.



Doch was bedeutet Teilzeitarbeit oftmals? Die Bezahlung liegt unter Tarif (z.B. in Köln arbeiten Kinderfrauen für 450 DM/Monat ganz offiziell im Auftrag des Jugendamts, die Stunden können völlig unterschiedlich sein), es gibt keine Sozialversicherung oder es handelt sich um einen Schichtbetrieb. 1992 arbeiteten in Westdeutschland 1,8 Mio. Frauen in solchen "sozialversicherungsfreien" Arbeitsverhältnissen – das waren 70 Prozent der Personengruppe insgesamt. Der DGB schätzt die Zahl auf ca. 4 Millionen und nennt sie zurecht "ungeschützte" Arbeitsverhältnisse: die Frauen können von heute auf morgen vor die Tür gesetzt werden, der Streß ist oft höher (z.B. im Einzelhandel, Hotel- und Gaststättengewerbe oder in sozialen Einrichtungen wie Altenheimen als Pflegepersonal) und sie verzichten auf zusätzliche Leistungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Altersversorgung, etc.

Teilzeitarbeit bedeutet auch, Frauen als Reserve-Arbeitskräfte zu gebrauchen. Sie werden nur so lange beschäftigt, wie die Wirtschaft sie benötigt. Kein Wunder, daß gerade jetzt die Kohlregierung ein Loblied

auf die Teilzeitarbeit singt und uns weismachen will, wieviele Millionen zusätzliche Arbeitsplätze dadurch geschaffen werden könnten! Wir wissen ja, wer davon betroffen sein wird. Außerdem heißt Teilzeit nichts anderes als eine weitere Flexibilisierung. Frauen sollen allzeit bereit sein. Im Klartext bedeutet das Arbeiten auf Abruf, auch Heimarbeit und natürlich Nachtarbeit. Flexible Arbeitszeiten sind in Wirklichkeit familien- und freizeitfeindlich.

Viele Frauen in Teilzeittestellen meinen, daß es sich nicht lohnt, Gewerkschaftsmitglied zu werden. Andererseits kümmern sich die Ge-

Familie K. aus Bremerhaven: Mutter A. ist ausgebildete Bürogehilfin, Vater D. Hafenfacharbeiter im Schichtdienst. Die Kinder sind 2 und 5 Jahre alt.

Nach der Geburt des ersten Kindes blieb A. zu Hause, um für das Kind da zu sein. Da sie als Bürogehilfin für 8 Stunden Arbeit zuwenig Gehalt bekam, um davon die Familie zu ernähren, war die Entscheidung, wer zu Hause für das Kind sorgt, schon abgenommen. Also widmete sie sich ganz dem Haushalt und dem Kind. Ihre Lage änderte sich nochmals nach dem zweiten Kind. Durch die ständig steigenden Lebenshaltungskosten und Kindergartengebühren, war die Familie auf mehr Geld angewiesen. Mutter A. suchte nun einen Arbeitsplatz, der den Kindern und gleichzeitig dem Schichtdienst ihres Mannes gerecht wird. A. arbeitet nun täglich 4 Stunden in einem Restaurant. Hier kann sie ihre Arbeitszeit so "flexibel" gestalten, daß sie immer entgegengesetzt zu ihrem Mann arbeitet. So ist zwar meistens ein/e für die Kinder da, aber die Beziehung der Eltern ist auf "Hallo" und "Tschüß" größtenteils beschränkt. Frau A. muß nun Arbeit, Haushalt und Kinder unter einen Hut bringen, da bleibt das gesellschaftliche Freizeitvergnügen völlig auf der Strecke.

werkschaften oft nicht genügend um diese ArbeitnehmerInnen, die ja gerade auf ihren Schutz angewiesen sind. Eine Kampagne um folgende Forderungen ist nötig, diese Millionen zu organisieren:



- ★ *Gleichstellung der Teil- mit Vollzeitarbeitsplätzen, was die Lohner-satzleistungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld, anteilmäßige Altersversorgung angeht*
- ★ *Alle Arbeitsplätze, ob Voll- oder Teilzeitstellen, müssen tariflich abgesichert und gesetzlich geschützt sein*
- ★ *Keine Umwandlung von Voll- in Teilzeitstellen!*
- ★ *Keine Ausweitung der Ladenschlußzeiten!*
- ★ *Für jedes Kind ein Kindergartenplatz*

Frauen und Mädchen in der Ausbildung

Frauen sind nicht dümmer als Männer! Untersuchungen zeigen: "Mädchen erzielen meist merklich bessere Schulergebnisse als Jungen. Sie verfehlen deutlich seltener die Versetzungen. Mehr Mädchen als Jungen insgesamt erreichen den Realschulabschluß oder das Abitur. Ihre Durchschnittsnoten in den Abschlußzeugnissen sind häufig besser." Seit 1975 hat sich die Zahl der Abiturientinnen verdoppelt und der Anteil der berufstätigen Frauen mit einer Berufsausbildung stieg von 15,5 Prozent (1970) auf 51,3 Prozent (1990).

Trotzdem landen Frauen meist in den weniger qualifizierten und schlechter bezahlten Jobs. Bei den Lehrstellen sind in den alten Bundesländern 1/3 aller weiblichen Auszubildenden auf 5 Berufe konzentriert: Friseurin, Einzelhandelskauffrau, Bürokauffrau, Arzthelferin oder Industriekauffrau. Im Osten ist diese Tendenz nicht ganz so krass.

An den Hochschulen sind Studentinnen nach wie vor stark unterrepräsentiert in den Fächergruppen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Mathematik und Naturwissenschaften, im Osten nur bei den Technischen Wissenschaften. Der Frauenanteil am hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal nimmt mit jeder "Karrierestufe" weiter ab.

Der Hauptgrund für diese Tendenz ist, daß die Erziehung, Schule, Medien und Werbung junge Mädchen immer noch in "ihre" Rolle als Mutter, etc. drängt.

Immer mehr Frauen versuchen trotzdem, auch in "sogenannte" Männerberufe eindringen. Das Streben nach einer qualifizierten Ausbildung und nach "Unabhängigkeit" ist bei jungen Frauen in letzten Jahrzehnten



stark gewachsen. Für Mädchen ist es heutzutage wichtig, eine qualifizierte Ausbildung zu haben und nicht als "Heimchen am Herd" zu enden. Doch in Krisenzeiten kann sich dieses System weitestgehende Bildung für alle nicht leisten. So wird eher eine Elitebildung angestrebt und es sind gerade junge Frauen, die zuerst weggedrängt werden sollen. Die Studienreform ist ein erster Angriff, der es vor allen Dingen Frauen mit Kindern unmöglich machen wird, das Studium in der kurzen Zeit zu schaffen.

In der beruflichen Ausbildung werden in letzter Zeit immer weniger Auszubildenden in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen – und wenn dann, eher die männlichen als vermeintliche spätere "Familienernährer". Wir brauchen aber sichere Jobs für alle!

Um all dies zu rechtfertigen, wird die Propagandatrommel wieder gerührt. Die Rollenvorstellungen der 50er Jahre werden wieder hervorgeholt. Ja, so hätten sie es gerne, die Damen und Herren auf den obersten Rängen. Aber nicht mit uns. Gleichberechtigung heißt auch gleiches Recht auf Wissen. Einen Teil haben wir uns schon erkämpft. Wir wollen aber nicht zurück – wir wollen mehr!

- ★ *Weg mit der Studiendeform*
- ★ *Gleiche Ausbildungs- und Berufschancen für Mädchen und Jungen*
- ★ *Garantierte Übernahme von allen Auszubildenden*
- ★ *Entrümpelung der Schulmaterialien – fachlich, sowie von traditionellen Rollenvorstellungen.*
- ★ *Ausbildungsinhalte und -abläufe sollen von der Lehrgewerkschaft GEW und Betroffenen selber demokratisch bestimmt werden.*
- ★ *Mindesteinkommen von 1800,- DM für Jugendliche ab 18 Jahren im Studium oder Berufsausbildung, damit sie sich eine eigenständige Existenz (unabhängig von den Eltern) leisten können, wenn sie wollen. Somit würden die Erziehungsberechtigten wiederum von der Unterhaltspflicht entlastet.*

Frauen und Arbeitslosigkeit

Hier wird die Ungleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt deutlich. Im Westen ist die Arbeitslosenquote bei Frauen seit 1970 höher als die bei Männern. Dabei melden sich viele Frauen gar nicht erst als arbeitssuchend (z.B. nach der Geburt eines Kindes). So waren im September 1991 44,5 Prozent der arbeitslosen Frauen unter 35 Jahren. In Bereichen, wo viele an- oder ungelernete Arbeitskräfte als erste entlassen werden, sind

auch meistens Frauen die Betroffenen. Haben Frauen dagegen eine qualifizierte Ausbildung in einem "eher männlichen Beruf", werden sie wegen Vorurteile oft nicht eingestellt. Viele Frauen, die aus familiären Gründen ihre Berufstätigkeit unterbrechen, haben keine Chance mehr, "neu einzusteigen". Natürlich ist es meist indiskutabel, von dem Gehalt der Frau auszukommen.



Im Osten hat die Frauenarbeitslosigkeit verheerende Ausmaße angenommen. Nach der Wiedervereinigung sind ganze Branchen platt gemacht worden (Landwirtschaft, Nahrungsmittel- und Textilindustrie). Berechnungen des DGB zufolge sind 40-45 Prozent der ursprünglichen Frauenarbeitsplätze auf diese Weise für immer verschwunden. So stellen Frauen 2/3 aller Arbeitslosen, obwohl sie vor der Wende knapp die Hälfte aller Erwerbstätigen ausmachten. Besonders betroffen sind die Frauen zwischen 50 und 55 Jahre – sie haben kaum eine Chance, einen Job zu finden. Somit werden sie fast automatisch zu Langzeitarbeitslosen. Darunter waren im Mai 1992 doppelt so viele Frauen zu finden wie Männer.

Die Regierung hat das Problem auch erkannt und appelliert an die Städte, Gemeinden und Treuhand (!), ABM-Stellen für Frauen einzurichten. Auch gut gemeinte Konzepte von Arbeitsplatzquotierung greifen nicht, wenn die Arbeitslosigkeit sowieso schon hoch ist und Entlassungen an der Tagesordnung sind. Dann verkommen sie zur Mangelverwaltung und machen außerdem Männer und Frauen zu KonkurrentInnen um die rar gewordenen Stellen.

Wir brauchen weder Appelle noch ABM-Stellen, sondern gutbezahlte, sichere Arbeitsplätze. Entlassungen können wir uns auch keine einzige mehr leisten, weder für Frauen noch für Männer. Wenn die Unternehmer behaupten, es gäbe zu wenig Arbeit, dann muß die Arbeit auf alle gerecht verteilt und die Arbeitszeit verkürzt werden – bei vollem Lohnausgleich. Es ist sowieso ein Unding, daß die einen immer mehr und länger arbeiten, und andere dafür zum Nichtstun verdammt werden.

Wir fordern:

- ★ *Keine Kürzungen der Leistungen für Arbeitslosen – sie sind nicht schuld am Arbeitsplatzabbau! Eine Mindestzahlung von 1800 DM für jed/n Arbeitslose/n, unabhängig vom letzten Bruttolohn*
- ★ *Kampf um jeden Arbeitsplatz – Arbeit für alle*
- ★ *Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 Stunden wöchentlich bei vollem Lohnausgleich*
- ★ *Verkürzung der Lebensarbeitszeit mit der Möglichkeit, bei voller Rente mit 55 Jahren aufzuhören. Wer länger arbeiten will, soll bis maximal 65 arbeiten. Genug ist genug, oder?!*

Frauen in Ostdeutschland



Für uns Frauen in Ostdeutschland ist seit der Wende 1990 eine Welt zusammengebrochen. Vorher waren 91 Prozent aller verheirateten Frauen mit zwei Kindern berufstätig, weil die Kindertagesstätten billig und von morgens bis abends geöffnet waren. Für 80 Prozent aller Kinder im Alter von einigen Monaten bis drei Jahre gab es einen Hortplatz (im Westen nur für 2 Prozent) und für fast alle Drei- bis Fünfjährigen einen Kindergartenplatz (im Westen ca. 60 Prozent).

Dies war ein großer Schritt in Richtung Gleichberechtigung und erhöhte auch die Produktivität der Wirtschaft. Weil aber auf Grundlage der stalinistischen Diktatur die Möglichkeiten der Planwirtschaft nicht voll genutzt werden konnten, war die Berufstätigkeit für Frauen mit längeren Arbeitszeiten als im Westen und zusätzlich mit der Belastung der Hausarbeit verbunden. Wir sollten uns nichts vormachen - die alten SED-Herren haben uns die Rechte nicht zugestanden, weil ihnen die Gleichberechtigung am Herzen lag. Nein, sie mußten mit Maßnahmen dieser Art dafür sorgen, daß soviele Frauen wie möglich in den Produktionsprozeß einbezogen wurden, weil die Arbeitskräfte dringend gebraucht wurden. Schließlich hatten sie ja 1961 die Mauer bauen lassen, damit die Bevölkerung nicht auswanderte. Und weil die Geburtenrate in der DDR seit der Staatsgründung kontinuierlich zurückging, mußten sie uns das Kinderkriegen mit Geburtsprämien, Familienkrediten und Vorrang bei der Wohnungsvergabe verstüßen. Die Kehrseite dieser Medaille war das Recht auf Abtreibung, das unsere wichtigste Freiheit war.

Gleichzeitig wurde der Erhalt der Kleinfamilie, in der die Energie der Frauen gebunden war, von der DDR-Führung gezielt genutzt, um ihre Herrschaft zu stabilisieren.

Mit der "Wiedervereinigung" kamen wir vom stalinistischen Regimen in die kapitalistische Traufe und verloren alle Rechte aus dem alten System: auf Arbeit, die staatliche Kinderversorgung und



Selbstbestimmung in der Abtreibungsfrage. Jede dritte Frau ist heute arbeitslos, die Älteren haben kaum eine Chance, noch eine Stelle zu finden. Experten rechnen damit, daß die Erwerbslosenquote unter Frauen in Ostdeutschland längerfristig niedriger als im Westen sein wird. Für viele Alleinerziehende bleibt nur der Gang zum Sozialamt; damit beginnt der Abstieg in die Armut und Isolation. Im Rahmen der kommunalen Sparpolitik werden die Mittel für die Kindergartenversorgung radikal gekürzt – mit dem Ergebnis, daß Einrichtungen geschlossen werden und die Gebühren ins Unbezahlbare gestiegen sind. In Rostock gibt es z.B. 1 000 Kindergartenplätze weniger, Hunderte von Erzieherinnen werden entlassen und ein Kindergartenplatz kostet demnächst 500 DM. Und das in einer SPD-regierten Stadt! Das alles bedeutet einen Angriff auf unsere Eigenständigkeit und unser Selbstbewußtsein, der sich nicht in Zahlen ausdrücken läßt.

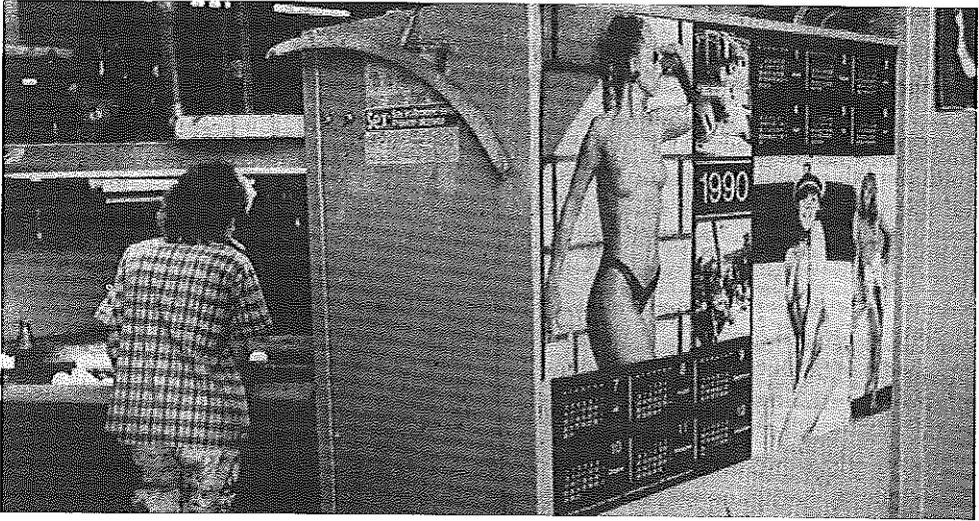


Die Vernichtung von Kindergartenplätzen wird zynischerweise mit dem Geburtenrückgang begründet. Frauen haben auf all diese Angriffe eindeutig reagiert - mit einem Gebärstreik. Seit 1991 hat sich die Geburtenrate halbiert, dafür aber ist die Zahl der Sterilisationen und Abtreibungen in die Höhe geschossen. Nur das Gesundheitsamt Brandenburg hat zuverlässige Daten, aber sie sprechen eine eindeutige Sprache: 1991 ließen sich 820 Frauen sterilisieren, 1993 haben 6 000 diese traurige "Endlösung" gewählt, um auf dem Arbeitsmarkt flexibler zu sein und eine ungewollte Schwangerschaft zu vermeiden.

Wir Frauen im Osten sind die absoluten Verliererinnen der sogenannten deutschen Einheit. Wir sind vom westdeutschen Kapitalismus regelrecht vom Arbeitsmarkt gefegt und zum Hausfrauendasein (für uns völlig ungewohnt) verdammt worden. Die Lage der Frauen im Osten ist zwar um ein Vielfaches schlimmer als die der Frauen im Westen, doch haben wir vieles gemeinsam. Die Frauen im Westen müssen die Angriffe auf uns als eine Warnung an sie begreifen: Was die Unternehmer mit uns gemacht haben, werden sie mit Euch versuchen, wenn Ihr Euch nicht wehrt!

Es ist Zeit, daß wir uns im Osten und Westen zusammenschließen und die Gewerkschaften und SPD zwingen, für unsere berechtigten Interessen zu kämpfen:

- ★ *Weg mit § 218 – für das Selbstbestimmungsrecht wie in der ehemaligen DDR!*
- ★ *Arbeit für alle!*
- ★ *100 Prozent Westlöhne im Osten und gleicher Lohn für Männer und Frauen*
- ★ *Ein Kindergartenplatz für alle Kinder in Ost und West – und das zum Nulltarif*



Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz



In aller Regel sind Frauen betroffen. Sexistische Witze, abschätzende Bemerkungen oder Hinterherpfeifen gehören für die meisten schon zum Arbeitsalltag. Pornographische Bilder, die an gemeinsam von Frauen und Männern benutzten Arbeitsplätzen hängen, sind leider nicht selten. Darüber hinaus erfaßt sexuelle Belästigung unerwünschte, wiederholte körperliche Übergriffe mit eindeutigen sexuellen Inhalt. Nach einer IN-FAS-Untersuchung von 1984 wurde jede 4. Frau an ihrem Arbeitsplatz schon sexuell belästigt. Dabei wurden 47 Prozent am Busen begrapscht und 7 Prozent vergewaltigt!

Betroffen sind vor allem junge Frauen in unsicheren Positionen oder Abhängigkeitsverhältnissen. Die Täter sind z.B. der Ausbilder, der Personalchef, der über die Einstellung entscheidet, der Vorgesetzte, der die Entscheidung über die Verlängerung eines befristeten Arbeitsvertrages in der Hand hat, oder einfach Kollegen, die sich gegenüber der Neueinstellten sicher fühlen.

Sexuelle Belästigung hat schwerwiegende Folgen, die nicht heruntergespielt werden dürfen: ein angekratztes oder zerstörtes Selbstbewußtsein, Beklemmung und Hilflosigkeit, die schnell zu Schlaf- und Konzentrationsstörungen, Kopfschmerzen und stressbedingten Krankheiten aller Art führen können. Längere Abwesenheit vom Arbeitsplatz ist oft das Ergebnis.

Obwohl viele Frauen heutzutage selbstbewußter sind und sich nicht

alles gefallen lassen, wissen sie oft nicht, wie sie sich schützen können. Weil die Belästiger in vielen Betrieben geduldet werden und das Thema faktisch tabu ist, finden die betroffenen Kolleginnen selten Unterstützung und glauben sich allein mit ihrem Problem. Dazu kommt noch, daß sie oft schlechter dastehen, wenn sie sich wehren. Beschwerden der Belästigten führen sogar bei jeder 4. Frau zu direkten Nachteilen wie betrieb-sinternem Klatsch aber auch Versetzung, schlechte Bewertungen. 2% aller belästigten Frauen wurden sogar entlassen.

Die Folge ist, das nur 6% der Frauen sich beim Betriebsrat und sogar nur 3% beim Vorgesetzten beschweren. Aber 5% der Kolleginnen kündigen.

Daß Männer sich dazu berechtigt fühlen, Frauen zu belästigen, liegt an der Ungleichbehandlung von Männern und Frauen im Betrieb (Frauen sind Arbeitskräfte 2. Wahl) und am gesellschaftlichen Bild der Frau allgemein. Aber keine Frau muß solche Erniedrigung dulden und es kann viel dagegen getan werden!

So hat die Stadt Köln auf jahrelangem Druck der Gewerkschaft ötv hin als erste Stadt in Deutschland eine "Dienstanweisung zum Schutz vor sexueller Belästigung" erlassen. Diese soll mit Beschwerdeverfahren die Opfer schützen, mit Maßregelungen belästigendes Verhalten verhindern und regelt das Verfahren bei Verstößen.

Diese Dienstanweisung ist ein Vorbild für den gesamten öffentlichen Dienst, aber auch für die Privatwirtschaft. Gewerkschaften müssen dafür kämpfen, daß Betriebs- und Personalräte ein solches Instrument erhalten, um betroffenen Frauen wirksam zu helfen und das Thema auf den Tisch zu bringen. Dazu gehört, daß

- ★ *sexuelle Belästigung als Verstoß gegen arbeitsrechtliche Normen vom Arbeitgeber anerkannt und disziplinarisch – bis zur Kündigung des Täters – verfolgt wird*
- ★ *Betriebsräte und Vorgesetzte durch fachliche Schulung für das Problem sensibilisiert werden, damit die Betroffenen sich an sie wenden können im Vertrauen, daß ihre Beschwerde ernst genommen wird*
- ★ *die Belegschaft systematisch darüber aufgeklärt wird, was sexuelle Belästigung ist, und welche gesundheitliche und psychische Schäden die Opfer daraus zu erleiden haben*
- ★ *alle Frauen herabwürdigende Bilder und sonstiges sexistisches Material vom Arbeitsplatz entfernt werden*

Darüber hinaus müssen sich die Gewerkschaften für die volle Gleichberechtigung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz einsetzen, um den Nährboden für sexistisches Verhalten im Betrieb dauerhaft auszu-rotten.





Generalangriff auf ArbeitnehmerInnen



In den letzten Jahren ist das soziale Klima in Deutschland viel härter geworden. Die Unternehmer und ihre Handlanger in der Kohlregierung haben zum Generalangriff auf Löhne und Rechte aller ArbeitnehmerInnen geblasen. Ausdruck dafür waren der ötv-Streik 1992 im Westen (an der sehr viele Frauen beteiligt waren), der Ostmetaller-Streik 1993 und der Tarifkonflikt in der westlichen Metall- und Elektroindustrie 1994. Angesichts der weltweiten Wirtschaftskrise 1990 – 1993 und der leeren Staatskassen wollen die privaten und öffentlichen Arbeitgeber die Krise ihres Systems auf uns abladen.

In diesem Zusammenhang steht auch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts 1992, das Nachtarbeitsverbot für Industriearbeiterinnen aufzuheben. Damit wurde das Recht dieser Frauen scheinheilig im Namen der "Gleichberechtigung" zurückgenommen. Doch in Wirklichkeit ging es darum, die Maschinenlaufzeiten zu verlängern, um die deutsche Industrie gegenüber der internationalen Konkurrenz wettbewerbsfähiger

zu machen. Die Maschinen sollen rund um die Uhr an 7 Wochentagen laufen. Aus demselben Grund wollen die Unternehmer eine generelle "Flexibilisierung" der menschlichen Arbeitszeit durchsetzen. Dazu gehören dann auch noch eine Rückkehr zur 40-Stunden-Woche, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und die ganze "Zurück zu Heim und Herd"-Propaganda der Politiker.



Wir lehnen das ab! Maschinen und Technologie sollen den Menschen dienen, nicht umgekehrt. Bei fast 6 Millionen Arbeitslosen ist das Programm der Unternehmer ein Katastrophenkonzept, besonders für uns Frauen. Die Krise haben wir nicht gemacht, die Unternehmer sollen zahlen. Der einzige Weg aus der Misere ist:

- ★ *die Arbeit auf alle gerecht verteilen, kein Zurück zur 40-Stunden-Woche! Sofortige Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich als Einstieg in eine weitere Arbeitszeitverkürzung*
- ★ *die Nachtarbeit für Frauen und Männer auf das gesellschaftlich notwendige und technisch sinnvolle Minimum begrenzen! In der Industrie muß eine Ausnahmeerlaubnis gegenüber der zuständigen Gewerkschaft beantragt werden, damit einzelne Belegschaften nicht vom eigenen Arbeitgeber unter Druck gesetzt werden. Wo Nachtarbeit im Interesse der Allgemeinheit nötig ist (z.B. Krankenhäuser, Notdienste, öffentliche Verkehrsmittel, etc.), muß sie mit einem hohen Lohn- oder Freizeitausgleich entschädigt werden.*
- ★ *Keine Privatisierung von Bundesunternehmen und kommunalen Diensten! Die Folgen sind immer Arbeitsplatzabbau, Lohnkürzungen und mehr Streß für die ArbeitnehmerInnen sowie höhere Preise und schlechtere Dienstleistungen für die VerbraucherInnen. Vielmehr ist ein milliardenschweres Programm zum Ausbau der kommunalen Dienste wie des öffentlichen Personennahverkehrs und der Reinigungsdienste sowie Länderaufgaben wie Kindergärten, Schulen- und Hochschulen nötig.*

Familie unter Druck



Heutzutage gehen mehr Frauen denn je arbeiten, doch als Hausfrau, Mutter und Berufstätige sind sie dreifach belastet. Bei der in den meisten Familien üblichen Arbeitsteilung ist der Arbeitstag für den Mann nach 8-10 Stunden im Betrieb vorbei. Für Frauen mit Kindern und Beruf beträgt die durchschnittliche Arbeitszeit ca. 13 Stunden. Von einer 5-Tage-Woche kann auch keine Rede sein. Trotzdem hat eine Umfrage des Demoskopischen Instituts Allensbach ergeben, daß nur 6 Prozent der Frauen im Westen und 4 Prozent im Osten den Beruf lieber aufgeben und sich ausschließlich häuslichen Tätigkeiten widmen würden. Aus derselben Studie geht aber auch hervor, daß 57 Prozent der Frauen im Westen und 44 Prozent im Osten überzeugt sind, berufliche Ambitionen und familiäre Aufgaben lassen sich nur schlecht vereinbaren.

Hauptgründe hierfür sind die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen, die zu lange Arbeitszeit und die mangelnde Versorgung mit Kindergartenplätzen. Neben der Lohngleichheit ist deshalb für Familien die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverzicht die wesentlichste Erleichterung. Es müßte für beide Eltern möglich sein, 20 Stunden in der Woche zu arbeiten, ohne finanzielle Einbußen beim Familieneinkommen zu haben. Die Hausarbeit und Kinderbetreuung könnte so auf Mann und Frau gleichmäßig verteilt werden. Jedoch muß eine "Kernarbeitszeit" festgelegt werden, damit gemeinsame Zeit für die Familie bleibt, z. B. Wochenende, Abende. Frauen dürfen nicht dazu benutzt werden, die Maschinenlaufzeiten zu erhöhen. Arbeitsplätze, die durch eine massive Arbeitszeitverkürzung für alle geg-



schaffen werden, würden außerdem Frauen die Möglichkeit geben, ihrem Beruf nachzugehen.



Hausfrauenarbeit ist auch Arbeit für die Gesellschaft, die allein in Westdeutschland 800 Mrd. DM ausmacht, laut der "Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit". Das sind Kosten, die der Volkswirtschaft dadurch erspart werden, daß täglich Millionen von Frauen dieselben Arbeitsgänge verrichten. Auch wenn es keine produktive Arbeit ist, es sind notwendige Dienstleistungen, die voll auf Kosten der Frauen privatisiert sind. Wenn z.B. ein Mittagessen in der Schule angeboten würde, würde das den Frauen jeden Tag 2 Arbeitsstunden ersparen! Wir brauchen billige, qualitativ gute Restaurants in jedem Stadtteil als kommunales Angebot für Familien, Alleinerziehende, Singles und alte Menschen. Solche Einrichtungen wären sowohl eine Entlastung für die Frauen als auch ein Treffpunkt für die Anwohner, alt und jung. Das gleiche gilt für Wäschereien. Es ist volkswirtschaftlich und umwelttechnisch blödsinnig, daß in jeder Wohnung eine Waschmaschine steht. Die flächendeckende Einrichtung solcher Angebote würde zudem dringend benötigte Arbeitsplätze schaffen.

Oft kommt zum Haushalt und der Kindererziehung noch ein Pflegefall in der Familie. Bundesweit gibt es ca. 1,6 Mill. pflegebedürftige Menschen, davon werden nach Schätzung des Kuratoriums Deutscher Altenhilfe 970 000 in der Familie, zu 90 Prozent von Frauen, versorgt. Das heißt für viele Frauen, daß sie, nachdem die Kinder endlich erwachsen sind, dann auch noch die (Schwieger-)Eltern pflegen müssen. Um dem allem auf menschenwürdige Weise gerecht zu werden, bedarf es vieler Veränderungen in der Gesellschaft. Eine Tagespflegestätte, z.B. als kommunales Altenzentrum für pflegebedürftige Menschen in jedem Stadtteil mit medizinischer und psychiatrischer Betreuung wäre ein Schritt. So müßten alte Menschen nicht aus ihrer gewohnten Umgebung herausgerissen und in teure, unpersönliche Altenheime gesteckt werden.

Um Streß und Auseinandersetzungen in der Familie zu verhindern, braucht eine Frau, auch wenn sie keinen Job hat und "Nurhausfrau" ist, ein eigenständiges Einkommen. Viele Frauen können wegen der Kinder gar nicht arbeiten gehen, auch wenn sie wollten, und machen sich somit vom Partner finanziell abhängig. Jede Frau muß eine Mindestabsicherung von 1.800 DM erhalten – entweder als staatliche Leistung, wenn sie arbeitslos ist oder als Lohnfortzahlung vom letzten Arbeitgeber,

Jede zweite alleinerziehende Mutter mit minderjährigen Kindern lebt an oder unterhalb der Armutsgrenze, 42 Prozent mit weniger als 1400 DM in NRW. Im Osten, wo seit 1989 laut DGB 1,8 Mio. Frauenarbeitsplätze vernichtet wurden, bedeutet die Arbeitslosigkeit für Frauen, zumal mit Kindern, der Abstieg in die existentielle Not.



wenn sie später in den Beruf zurückkehrt.

Für Frauen, die den Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen, sollte auch das Erziehungsgeld 1.800 DM monatlich betragen und für 3 Jahre gelten. Vater und Mutter sollten sich generell den Erziehungsurlaub teilen – ohne Lohnverlust, damit nicht von vornherein klar ist, daß die Mutter zuhause bleibt.

Das Kindergartenproblem ist das größte Hindernis für Frauen, die arbeiten gehen wollen/müssen. 600 000 Plätze fehlen noch. Die Gruppen

sind zu groß. Auf ca. 25 Kinder kommen eine Erzieherin und eine Halbtagskraft oder Kinderpflegerin. Gruppenräume sind oft viel zu klein. Das gesamte europäische Ausland hat ein weit besseres Angebot an entsprechenden Plätzen. In Frankreich gibt es z.B. für 25 Prozent aller Kinder unter 3 Jahren einen Krippenplatz, für Kinder von 3 Jahren bis Schuleintritt

Es gibt viel zu wenig Plätze in öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen. Zur Verfügung stehen Krippenplätze für nur 2 Prozent der Kinder unter 3 Jahren in Köln.

Kindergartenplätze für 3-6jährige:

<i>Köln</i>	<i>68 Prozent</i>
<i>Kiel</i>	<i>60 Prozent</i>
<i>München</i>	<i>72 Prozent</i>
<i>Hannover</i>	<i>72 Prozent</i>
<i>Frankfurt</i>	<i>78 Prozent</i>
<i>Essen</i>	<i>78 Prozent</i>
<i>Bremen</i>	<i>90 Prozent</i>

Für 6-12jährige:

<i>Kiel</i>	<i>8 Prozent</i>
<i>München</i>	<i>18 Prozent</i>
<i>Hamburg</i>	<i>16 Prozent</i>
<i>Hannover</i>	<i>17 Prozent</i>
<i>Frankfurt</i>	<i>20 Prozent</i>
<i>Essen</i>	<i>8 Prozent</i>
<i>Bremen</i>	<i>15 Prozent</i>

einen gesetzlichen Anspruch auf einen Kindergartenplatz, die Ganztageschule ist Regelschule.

Die Anforderungen für das pädagogische Personal sind sehr hoch. Dem steht eine schlechte Bezahlung gegenüber, Anfangsgehalt ca. 2800 DM monatlich (brutto) ohne nennenswerte Aufstiegschancen. So sind mehr als die Hälfte der Erzieherinnen nach dem 30. Lebensjahr nicht mehr im Beruf tätig. Dabei gibt es kaum einen verantwortungsvolleren Beruf, wenn man bedenkt, daß es um die zukünftigen Generationen geht!

Die Eltern müssen bei der pädagogischen Betreuung der Kinder auf allen Ebenen mitbestimmen können. Die ersten Lebensjahre sind für die persönliche Entwicklung eines Kindes sehr wichtig. So ist es nicht nur für Eltern oder Alleinerziehende, die berufstätig sind, sondern auch für alle diejenigen, die ihre Kinder frühzeitig fördern wollen, eine zwingende Notwendigkeit geworden, eine gute Kindertagesstätte zu finden. Die pädagogischen Fachkräfte unterstützen und fördern die Kinder im Kontakt zu anderen Kindern, in Gruppenaktivitäten, im kreativen und geistigen Bereich und helfen ihnen somit, in der Gesellschaft zurechtzukommen.



Das Versprechen auf einen Kindergartenplatz ab 3 Jahren (1996) in Deutschland wird nicht umgesetzt werden, weil es 21 Milliarden DM kosten wird, die fehlenden Plätze einzurichten. Doch das Geld ist da! Jährlich werden 100 Mrd. DM an Steuern von den Unternehmern hinterzogen. Wenn das verhindert würde, wäre die Finanzierung der benötigten Plätze kein Problem. Doch der Bund und die Länder stehlen sich aus der Verantwortung und betreiben eine Selbstfinanzierung der Plätze auf Kosten der Eltern, in dem die Kindergartengebühren in unverschämten Maße erhöht werden (demnächst kostet ein Platz z.B. in Rostock 500 DM!!). Die Eltern werden noch dafür bestraft, daß sie Kinder in die Welt setzen, die später den Staat finanzieren.

Die Situation ist unerträglich, deshalb brauchen wir:

- ★ *einen kostenlosen, wohnnahen Kindergarten- bzw. Hortplatz für alle hier lebenden deutsche und ausländische Kinder von 0-12 Jahren*
- ★ *Gruppen mit zwei Erzieherinnen und einer Kinderpflegerin für 15 Kinder*
- ★ *Öffnungszeiten, die sich nach den Bedürfnissen der Eltern, insbesondere Frauen, richten*
- ★ *Betriebseigene Kindergärten mit denselben Standards, die Zeiten abdecken, die öffentliche Einrichtungen nicht leisten können*
- ★ *Eine der Verantwortung angemessene Bezahlung für ErzieherInnen bei Einführung der 30-Stunden Woche und genügend Zeit für berufliche Fortbildung*
- ★ *Erziehungsurlaub ohne Einkommensverlust für maximal 3 Jahre und teilbar zwischen Vater und Mutter*
- ★ *Öffentliche Restaurants und Wäschereien in jedem Stadtteil.*
- ★ *Kommunale Tages- und Ganzplegestätten (stationäre Pflege) für pflegebedürftige Menschen*

Die heutige Umweltbelastung ist eine ständige Bedrohung für Kinder. Man kann mit ihnen nicht mehr guten Gewissens an die "frische Luft" gehen. Im Sommer Ozon, hohe UV A/B Strahlung, im Winter Smog. Das hohe Verkehrsaufkommen erfordert eine ständige Begleitung der Kinder, was viel Zeit in Anspruch nimmt und Kindern die Möglichkeit zur Selbstständigkeit raubt.

Wir brauchen eine saubere Umwelt, gesunde Nahrung und Wasser, bezahlbare, familiengerechte Wohnungen, grüne Flächen, Spielplätze, Spielstraßen, verkehrsberuhigte Zonen... Dadurch könnten viel Streß und Aggressionen in der Familie vermieden werden. Die Lebensqualität würde für uns alle steigen.

Gewalt gegen Frauen

Die "Institution Familie"



Karl Marx erklärte, daß Gesellschaften, ihre Lebensformen und Moralvorstellungen immer in den jeweils bestehenden ökonomischen Verhältnissen begründet sind. Das gilt auch für die Rolle der Frau und der "Institution Familie".

In der Urgesellschaft lebten Männer und Frauen gleichberechtigt in Stämmen. Mit der Entwicklung von Werkzeugen und Arbeitsteilung ging die Anhäufung von Gütern in den Händen einzelner Personen einher. Damit tat sich aber die Frage auf, wie ein solches Privateigentum zu sichern und zu vererben wäre. So entstand eine neue Form des Zusammenlebens: die Kleinfamilie, basierend auf der Ehe. Die Funktionen, die die neue Familie erfüllen sollte (Sicherung des Vermögens und Grundlage für Vererbung), nahmen der Frau ihre ursprüngliche Bedeutung und Selbstbestimmung. Als "Produzentin" für Erben war sie strengen Moralvorschriften unterworfen, ihre Arbeitskraft galt nur noch der



Familie und damit begann ihre Herausdrängung aus dem gesellschaftlichen (sprich: produzierenden) Leben.

Viele Grundlagen unserer Gesellschaft bauen auf denen des alten Roms auf, vor allem unsere Gesetze. Damals war die Frau per Gesetz Eigentum ihres Vaters bzw. ihres Ehemannes. Sie hatte weder gesellschaftliche Rechte noch Selbstbestimmung über ihren Körper. Der Vater oder Mann entschied über Gesundheit und Leben. Die Unterjochung der Frau war legal. Sie war Handels- und Prestigeobjekt. Wer sich viele Frauen leisten konnte, war ein angesehener Mann. Das Christentum lieferte dann die ideelle "Begründung" für die Ungleichheit von Mann und Frau und befestigte die Einehe.

Mit der Entstehung des Kapitalismus änderten sich die gesellschaftlichen Bedingungen. Doch die Institution Familie blieb wesentlich die gleiche, denn sie war nützlich. Kapitalismus baut auf der Ausbeutung von Arbeitskraft auf. Will man die Arbeitskraft eines Menschen möglichst lange ausbeuten, muß sie möglichst lange halten. Die Familie, bzw. die Frau wurde zum Erholungsort des Mannes "erhoben". Es wurde zur höchsten, heiligen Pflicht der Frau, im Hause alles zum Wohle des Mannes zu gestalten, seine Frustration und Wut genügsam zu erdulden, gleichzeitig alle häuslichen Sorgen und Pflichten von ihm fortzuhalten und seiner körperlichen Lust zu dienen, ohne Rücksicht auf eigene Bedürfnisse oder Ansprüche.

Zu Beginn der Industrialisierung entstand ein ungeheurer Bedarf an Arbeitskräften. So wurden auch Frauen und Kinder in die Fabriken gezogen. Für die Kapitalisten bedeutete das einerseits eine neue Quelle billiger Arbeitskraft (denn natürlich verdiente die Frau, als dem Manne untergeordnet, weniger), aber es bedeutete auch, die Frau aus ihrer sorgsam geschaffenen familiären Isolation zu befreien. Durch den Kontakt mit anderen ArbeiterInnen wurde sie in Lohn- und Arbeitskämpfe einbezogen und dadurch zum ersten Mal in die Lage versetzt, für ihre eigenen Rechte zu kämpfen.

Doch die eigentlichen Strukturen der Familie wurden nicht aufgebrochen, da ihre Funktionen für den Kapitalismus lebenswichtig sind. Noch bis in die 60er Jahre z.B. brauchten Frauen die Unterschrift ihres Ehemannes, um einen Arbeitsvertrag einzugehen.

Gewalt ist alltäglich!

Frauen sind in vielen Bereichen Opfer von Gewalt: auf der Straße, in der Familie oder am Arbeitsplatz. Jede Frau kennt die Angst vor Gewalt, beispielsweise vor Vergewaltigung auf dem Heimweg. Nach offiziellen Angaben wird in Deutschland alle 3 Minuten eine Frau vergewaltigt. Die





Dunkelziffer beträgt jedoch das 10-20fache. Mehr oder weniger bewußt richten die meisten Frauen ihr Alltagsleben darauf ein, verzichten z.B. darauf auszugehen, nehmen große Umwege in Kauf, um dunkle Straßen oder gar Stadtteile zu vermeiden. Frauen müssen ihren Lebensraum einschränken, weil Geld für Prestigebauten verwendet wird, statt für den Ausbau eines flächendeckenden öffentlichen Nahverkehrs und guter Straßenbeleuchtung:

Gewalt gegen Frauen ist nicht nur direkt und individuell, sondern auch gesellschaftlich und staatlich, so jegliche Form von Diskriminierung, der Paragraph 218 und Prostitution.

Gewalt ist nicht einfach das private Problem der betroffenen Frauen. Gewalt hat gesellschaftliche Ursachen und findet gesellschaftliche Rechtfertigung. Dementsprechend ist der Umgang mit Opfern. Von der Polizei können sich betroffene Frauen wenig Hilfe erwarten.

Ihr ablehnendes, unsensibles Verhalten ist nicht nur auf bloße Willkür oder sexistische Vorurteile zurückzuführen. Bestätigung hat es in den Gesetzen und dem Gerichtsalltag: Vergewaltigung in der Ehe ist nicht strafbar, weil es als Recht des Mannes gilt, sich seinen "Spaß zu holen". Strafbar sind höchstens eventuelle körperliche Verletzungen, die nachzuweisen sind oder Nötigung, aber das wird leichter bestraft (Strafmaß: ab 1 Jahr, für Vergewaltigung: Mindeststrafmaß 2 Jahre). Auf der Straße gilt auch nur erzwungener Vaginalverkehr als "Vergewaltigung", Anal- oder Oralverkehr gilt nur als sexuelle Nötigung – wiederum milder beurteilt. Alkoholgenuß wird als mildernder Umstand anerkannt.

Männer fühlen sich berechtigt, Frauen Gewalt anzutun, u.a. wegen der Stellung, die Frauen in dieser Gesellschaft haben. Die Verdrängung der Frauen vom Arbeitsmarkt wird von der Kohl-Regierung in "schöne" Propaganda verpackt. Es werden Loblieder auf das häusliche Glück (des

Mannes) gesungen.

CDU-Schäuble fordert die Frauen auf, an den Herd zurückzukehren. Arbeitsminister Blüm entschuldigt bzw. begründet die hohe Arbeitslosenzahl damit, daß seit 1983 1,5 Mio Frauen zusätzlich auf den Arbeitsmarkt gedrängt hätten!

Das gesellschaftliche Bild, das von Medien und Werbung verbreitet



wird, spielt auch eine große Rolle beim Abbau der Gewalt-Hemmschwellen. Vergewaltigungen und sonstige Mißhandlungen von Frauen werden von der Filmindustrie als "Unterhaltung" oder "Story" verkauft; Pornographie (außer Kinderpornographie) ist nicht verboten und ein Milliardengeschäft.

So wird ein Klima geschaffen, das Männern eine Machtstellung und das Gefühl gibt, mit Frauen als ihrem Eigentum umspringen zu können, wie sie wollen. Und durch die finanzielle Abhängigkeit werden Frauen gezwungen, weiter bei gewalttätigen Männern zu bleiben, als Prostituierte zu arbeiten usw. Kapitalismus schafft die Ursachen für Gewalt, er verschleiert und bestärkt sie, und läßt uns damit allein. Wir fordern:



- ★ *Weg mit allen diskriminierenden Gesetzen. Vergewaltigung ist Vergewaltigung, und muß gleich hart bestraft werden, egal ob der Täter der Ehemann oder ein Fremder ist, egal ob das Opfer eine Prostituierte ist oder nicht*
- ★ *"Nein" bedeutet "Nein"! Durch eine fachpsychologische Ausbildung muß Richtern, Staatsanwälten und Polizeibeamten beigebracht werden, grundsätzlich dem Opfer zu glauben. Es muß ihr Ziel sein, jegliche weitere Demütigung der Frau zu vermeiden und den Prozeß für das Opfer möglichst schonend zu gestalten*
- ★ *Die in Vergewaltigungsfällen amtierenden Richter, Staatsanwälte, etc. müssen der öffentlichen Kontrolle durch JuristInnen, Frauenbeauftragten der Gewerkschaften und Frauenämter der Kommunen unterliegen*
- ★ *Stadtplanung auch nach Fraueninteressen, da heißt z.B. Ampel statt Unterführungen, ausreichende Straßenbeleuchtung*
- ★ *flächendeckend ausgebauter öffentlicher Nahverkehr zum Nulltarif, bis dahin kostenlose Nachttaxis für Frauen*

Gewalt in der Familie

Wenn Politiker oder Medien von Gewalt gegen Frauen in der Familie reden, so klingt das in der Regel nach "peinlichen Ausfällen". Aber Gewalt ist keine "Fehlfunktion", die in einigen Familien vorkommt. Sie betrifft alle Gesellschaftsschichten. Sie reicht von Beschimpfung, anhaltender verbaler Erniedrigung, körperliche Mißhandlung, Vergewaltigung bis hin zum Mord.

Dem Wunsch nach einer glücklichen Familie steht die Realität gegenüber: 80 Prozent aller Vergewaltiger stammen aus dem Verwandten- und Bekanntenkreis der Opfer. 25 000 Frauen suchen, zum Teil mit Kindern, jedes Jahr Zuflucht in Frauenhäusern in den alten Bundesländern. 90 000



Mädchen werden jährlich sexuell mißbraucht (laut Bundeskriminalamt 1984).

Warum fühlen sich Männer berechtigt, Gewalt gegen Frauen anzuwenden? In dieser Gesellschaft gilt das Recht des Stärkeren; der Druck wird immer nach unten weitergegeben. Bei der Stellung, die Frauen im Kapitalismus haben, und vor allem bei der Rolle, die Frauen in der Familie zugeordnet ist, ist die Frau meistens das letzte Glied in der Kette. Der Streß mit dem Vorgesetzten, der Druck drohender Arbeitslosigkeit, die soziale Mißachtung, die ein Sozialhilfeempfänger erfährt, die Ängste eines Asylsuchenden, all das kann immer noch eine Stufe weiter gegeben werden: an die Frau (und unter Umständen die Kinder).

Unterdrückung und Gewalt, vornehmlich an Frauen, ist gesellschaftlich akzeptiert. Die Frau wird immer noch als "Eigentum" ihres Mannes gesehen. Viele Täter geben Eifersucht als Grund für Gewalt an oder schlagen zu, wenn ihre Frau sie zu verlassen wagt. Andere Ursachen können sein: finanzielle Sorgen, Schulden, Wohnungsnot usw. Bei steigender Arbeitslosigkeit in einer Wirtschaftskrise, nehmen die Faktoren zu, die Gewalt an Frauen auslösen. Dazu kommt noch der Alkohol- oder Drogenkonsum, der nicht nur neue Probleme schafft, sondern auch die Schwelle für Gewalt senkt.

In jeder 5. Ehe hat der Ehemann seine Frau mindestens einmal vergewaltigt. (Quelle: Institut Allensbach)

Einen gewalttätigen Mann zu verlassen, ist ein schwerer Schritt.

Doch danach beginnen erst die praktischen Schwierigkeiten: Viele Frauen sind finanziell abhängig. Sie haben keine Arbeit und oft noch nicht einmal Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Jetzt in der Rezession sind die Chancen auf dem Arbeitsmarkt noch schlechter. Wovon sich und ihre Kinder ernähren? Dazu kommt meist das zweite Problem: Wohin? Nicht überall gibt es Frauenhäuser und wo es eins gibt, muß noch lange kein Platz frei sein.

Für die meisten Frauen sind Frauenhäuser die einzige Möglichkeit, ihrer Situation zu entkommen. Frauenhäuser sollten zunächst eine sichere Unterkunft bieten und den Frauen frischen Mut und neues Selbstbewußtsein geben. Sie sollten die Chance haben, von hier aus den Schritt in ein neues Leben zu schaffen, emotional wie praktisch, d.h. eine eigene Wohnung zu finden, Arbeit zu suchen usw.

Doch die Realität sieht anders aus. Es gibt zu wenig Frauenhäuser und die bestehenden sind überbelegt und schlecht ausgestattet. Ihre Finanzierung ist nie richtig gesichert. Frauen sind sowieso am stärksten vom sozialen Kahlschlag der Kohl-Regierung betroffen. Das Beispiel der Frauenhäuser zeigt, wie brutal diese Politik ist: Statt mehr Plätze zu schaffen, werden es immer weniger. So haben immer weniger Frauen überhaupt die Möglichkeit, aus einer gewalttätigen Beziehung auszubrechen. Die

bestehende Wohnungsnot verschärft die Situation. Alleinstehende Frauen, besonders mit Kindern, haben kaum Chancen, eine Wohnung zu finden. Statt einige Wochen sind Frauen gezwungen, über einen langen Zeitraum im Frauenhaus zu bleiben.

Ohne Perspektiven, ohne Aussicht auf Wohnung und Arbeitsplatz sehen sich viele Frauen gezwungen, in die alte Beziehung zurückzukehren, bis alles von vorne los geht. Statistiken der Frauenhäuser belegen, daß nicht selten Frauen 4 oder 5 mal Zuflucht suchen.

Wir lehnen jegliche Form von Gewalt an Frauen ab. Die Bedingungen müssen dafür geschaffen werden, daß jede Frau sich von einem gewalttätigen Partner befreien kann. Dazu brauchen wir:

- ★ *ein flächendeckendes Angebot an gut ausgebauten, selbstverwalteten Frauenhäusern. Ob städtisch oder autonom, die finanziellen Mittel müssen sichergestellt sein*
- ★ *ein Kontingent von leerstehenden Sozialwohnungen pro Gemeinde, die jederzeit verfügbar sind und an Frauen nach einer Übergangszeit im Frauenhaus billig vergeben werden können*
- ★ *kostenlose juristische, soziale und psychologische Betreuung für Frauen und Kinder*
- ★ *ein Übergangsgeld von mindestens 1800 DM für jede Frau, bis sie Arbeit findet*
- ★ *einen sensiblen, unbürokratischen Umgang der SachbearbeiterInnen in Wohnungs- und Sozialämtern mit den Opfern von Gewalt. Hier haben Gewerkschaften und Personalräte eine wichtige Rolle zu spielen, indem sie das Thema auf den Tisch bringen – denn unter ihren KollegInnen wie "Kunden" gibt es sowohl betroffene Frauen als auch Täter*



Prostitution



Sowenig "zufällig" die Gewalt an Frauen in der Familie ist, sowenig ist es die Prostitution. Es gab sie schon im alten Rom. Zeitgleich mit der Entstehung der Klassengesellschaft und der Einehe bildete sich eine Schicht wohlhabender, gebildeter Frauen heraus, die ihre Körper mehreren Männern zur Verfügung stellten (die sogenannten "Hetären"). Prostitution ist also seit 3000 Jahren das Gegenstück zur Ehe.

500 000 Männer gehen jeden Tag zu Prostituierten, ungefähr 1,4 Mio. Männer regelmäßig. Freier und Zuhälter bleiben völlig unbehelligt. Es ist sogar zur Zeit beliebt, Prostituierte in Talkshows auftreten zu lassen, die stolz auf "den ältesten Beruf der Welt" seien. Wir meinen aber, daß das

für die wenigsten Prostituierten zutrifft und die meisten sich auf diese übelste Art ausbeuten lassen, weil sie keine andere Wahl haben.

Bis zu 400 000 Frauen in der Bundesrepublik Deutschland gehen auf den Strich, jede Fünfte ist unter 18 Jahre alt ("Stern", 10/93). Ein Teil von ihnen finanziert so ihre Drogenabhängigkeit. Aber die große Mehrheit muß sich so ihren Lebensunterhalt verdienen. Es sind ein schlechter Schulabschluß, Arbeitslosigkeit und mangelnde Zukunftsperspektiven, die immer mehr Frauen dazu zwingen.

Was den Staat anbelangt, nimmt er die Steuern der Prostituierten gern entgegen. Aber Schutz – geschweige denn Ausstiegshilfen – erhalten sie nicht. Im Gegenteil, sie werden kriminalisiert. Wir wollen eine Alternative für Prostituierte. Deshalb fordern wir:

"Die Ehe stellt eine Seite des Geschlechtslebens der bürgerlichen Welt dar, die Prostitution die andere." (August Bebel in "Die Frau und der Sozialismus")

- ★ *staatlich finanzierte Ausstiegsprogramme für alle Prostituierten mit Ausbildungsangeboten und einer Mindestabsicherung von 1800 DM monatlich*
- ★ *flächendeckende Schaffung von Häusern, in denen Prostituierte Schutz finden, sich weiterbilden können und kostenlose ärztliche Versorgung erhalten*
- ★ *Schluß mit der Heuchelei! Keine Kriminalisierung von Prostituierten, stattdessen Vorgehen gegen Freier und Zuhälter*
- ★ *Finanzielle Unterstützung für Selbsthilfegruppen von Prostituierten, die sich gegen Zuhälter und die staatliche Benachteiligung wehren*

Die Klassengesellschaft braucht die Prostitution – wir nicht! Für eine Gesellschaft, in der keine Frau aus wirtschaftlichen oder sonstigen Gründen gezwungen ist, sich zu prostituieren.



Weg mit § 218

Seit dem 16. 6. 1993 gilt das vorläufige Gesetz zum § 218, das laut dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Bundestag neu beraten werden muß. Die Konsequenz ist eine weitere Entmündigung der Frauen in Westdeutschland. Für ostdeutsche Frauen bedeutet es einen Rückschritt, da sie bis dahin unter altem DDR-Recht das volle Selbstbestimmungsrecht innerhalb der ersten drei Schwangerschaftsmonate hatten. Nach diesem Urteil gibt es nur noch in Irland, Polen und Chile ein schärferes Abtreibungsrecht!



Der Schwangerschaftsabbruch gilt nun vor Ablauf der 12. Schwangerschaftswoche zwar als grundsätzlich straffrei, aber dennoch als rechtswidrig. Dem Schutz des ungeborenen Lebens wird dem Selbstbestimmungsrecht der Frau von staatlicher Seite Vorrang gegeben. Eine Abtreibung wird nur dann von der Krankenkasse übernommen, wenn die medizinische, eugenische oder kriminologische Indikation vorliegt. Damit ist die "soziale Indikation" (die Frau befindet sich in einer psycho-sozialen Notlage) abgeschafft und durch die "Fristenlösung mit (verschärfte) Beratung" ersetzt. Doch 90 Prozent aller Abtreibungen werden aus diesem Grund durchgeführt. Jetzt stehen Frauen vor der Wahl, entweder viel Geld für eine Abtreibung aufzubringen, ihre Gesundheit bei einem billigen Kurpfuscher aufs Spiel zu setzen oder ins Ausland zu fahren. Das Urteil ist ein Rückfall in das letzte Jahrhundert und in ein Zweiklassenrecht. Reiche Frauen mit dem nötigen "Kleingeld" können – wie eh und je – problemlos abtreiben. Insgesamt leben jedoch 2 Mio. Frauen von der Sozialhilfe, es gibt 2,5 Mio. Alleinerziehende, die meistens sich und ihre Kinder kaum über die Runden bringen können. Daß der Abbruch in einer finanziellen Notlage vom Sozialamt bezahlt werden kann, ist kaum



ein Trost. Sollen schwangere Frauen jetzt auch noch betteln gehen und weitere Erniedrigungen auf sich nehmen?

Das Urteil enthält Auflagen zur Beratung, die die Entscheidungsfreiheit der Frauen aushöhlen. Die Schwangere soll zum Austragen des Kindes bewegt werden. Dies wird dadurch deutlich, daß zur Beratung außerdem alle Personen aus dem familiären Umfeld der Frau hinzugezogen werden können, wenn zu erwarten ist, daß sie die Frauen zum Gebären überreden. Am liebsten würden CDU und CSU – kräftig eingeeizt von der katholischen Kirche – Eltern, Partner und sogar Großeltern (!) der Frau dafür strafbar machen, wenn sie nicht alles tun, um eine Abtreibung zu verhindern.

Zur Gewährleistung der staatlichen Kontrolle sollen die Gespräche protokolliert werden. Damit soll überprüft werden können, ob das Beratungspersonal im Sinne des Gesetzes handelt. Außerdem sollen Ende 1994 die unabhängigen Beratungsstellen (z.B. ProFamilia) ihre Einrichtungen schließen. Spätestens dann wird es nur noch staatliche geben.

Eine Bedingung bei der Neuregelung des § 218 war die Garantie auf einen Kindergartenplatz ab 1996 für Kinder ab 3 Jahre. Aber die Umsetzung dieser Auflage ist Ländersache. Bereits damals war abzusehen, daß diese Maßnahme der Sparpolitik zum Opfer fallen würde. Jetzt wird der Rechtsanspruch auf 1998 bzw. ausgerechnet in den SPD-regierten Ländern Schleswig-Holstein und Nordrhein-West-

falen, sogar aufs Jahr 2000 verschoben.

Die Finanz-, Wohnungsbau- und Bildungspolitik der Kohl-Regierung bestraft die Frauen und Männer, die Kinder haben oder bekommen möchten. Wenn die Kinder erst einmal geboren sind, wer kümmert sich dann um sie?

Wir Frauen lassen uns mit solchen Lippenbekennnissen nicht den Blick verklären. Kinder kosten viel Geld. Durch die anhaltende Wirtschaftskrise wird das Klima in Deutschland zunehmend frauen- und kinderfeindlicher. Zum Nulltarif sollen wir Kinder erziehen, die der Wirtschaft später als abrufbare Arbeitskräfte dienen sollen.

Beim immer enger werdenden Arbeitsmarkt spielt die Frage, ob eine Frau Kinder hat, eine entscheidende Rolle. Arbeitssuchende Frauen im Osten berichten, daß das Bewerbungsgespräch zu Ende ist, nachdem diese Frage mit "Ja" beantwortet wurde. Seit 1990 ist das flächendeckende, staatliche Kinderbetreuungsangebot der ehemaligen DDR zurückgefahren worden bzw. für viele Mütter einfach zu teuer geworden. Bundesweit fehlen 600 000 Kindergartenplätze. Ostdeutsche Frauen haben

Laut einem Bericht des Bundesministerium für Frauen und Jugend vom 30.6.92 wurden 1991 in Ostdeutschland (ohne das Ballungszentrum Ostberlin!) 49 277 Schwangerschaftsabbrüche gemeldet. Im Westen betrug die Zahl 74 571. Ostdeutsche Frauen haben also drei mal häufiger als Westfrauen abgetrieben.

eindeutig reagiert. 1991 sank die Geburtenrate um die Hälfte. Gleichzeitig stieg imselben Jahr die Zahl der Abtreibungen im Osten stark an.

1992 kamen dann Meldungen über eine starke Zunahme von Sterilisationen an Frauen, die ihrem potentiellen Arbeitgeber einen Nachweis für ihre "Zuverlässigkeit" geben wollten. Die Wiedervereinigung hat nicht nur Millionen von Arbeitsplätzen vernichtet, mit katastrophalen Auswirkungen für Frauen und Männer, sondern ganz gezielt Frauen zur "Reservearmee des Kapitalismus" abgestempelt, die in der Krise nach Hause geschickt werden können. In diesem konjunkturellen Zusammenhang steht das BVG-Urteil.

Allerdings soll uns das Urteil die wahren Machtverhältnisse in dieser Gesellschaft klarmachen: die eigentliche Bestimmung der Frau liegt im Kinderkriegen und der Erziehung derselben. Wir sollen merken, wer der Herr im Hause ist.

Solange Frauen in Unterdrückung leben mußten, haben sie dagegen angekämpft. Die Gewerkschaften und SPD müssen jetzt den Widerstand gegen § 218 und den Beratungszwang organisieren, um zu verhindern, daß das Gesetz endgültig in Kraft tritt!

Wir wollen das volle Selbstbestimmungsrecht. Es geht den Staat überhaupt nichts an, deshalb:

- ★ *Weg mit den Abtreibungsparagrafen 218 und 219*
- ★ *keine staatliche Bevormundung der Frauen durch Beratungszwang*
- ★ *Beratung muß als Angebot an ratsuchende Frauen verstanden werden, deshalb Erhalt und Finanzierung der unabhängigen Beratungsstellen auch nach Ende 1994*
- ★ *kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln an Männer und Frauen, Jungen und Mädchen, einschließlich der Zulassung der Abtreibungsspihle RU486*
- ★ *Sexualaufklärung in allen Grund- und weiterführenden Schulen*
- ★ *Keine kommunalen Kürzungen auf Kosten der Frauen und Kinder!*

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Frauen in jeder Hinsicht gleichberechtigt sind. Wir Frauen wehren uns dagegen, durchs Kinderkriegen benachteiligt zu sein. Beruf und Familie müssen vereinbar sein. Wir wollen, daß sich Frauen und Männer – frei von finanziellen und materiellen Zwängen – für Kinder (auch behindert Geborene!) entscheiden können. Wir wollen dafür die Rahmenbedingungen schaffen (s. Kapitel Frau und Familie). Schließlich profitiert die Gesellschaft insgesamt auf längere Sicht von gut ausgebildeten, gesunden und ausgeglichenen Kindern.



Ausländerinnen



Laut Statistik vom September 1990 lebten 5 241 801 AusländerInnen in Deutschland. Davon waren 2 295 945 Frauen, mit unterschiedlichen Kulturen und eigener persönlicher Geschichte. Von *den* Ausländerinnen kann also keine Rede sein. Sogar der Begriff ist diskriminierend, weil er überhaupt nicht auf diejenigen zutrifft, die in Deutschland geboren sind.

Dabei gibt es Ausländer erster und zweiter Klasse. Der Ausländer J.F. Kennedy sagte: "Ich bin ein Berliner", ohne daß Deutsche daran Anstoß nahmen. Das gleiche gilt aber nicht für eine Türkin, die sogar in Berlin geboren wurde.

Ausländische Frauen leiden nicht nur wie deutsche Frauen unter alltäglichem Sexismus und staatlicher Diskriminierung, sondern auch unter Rassismus. Sie gehören somit zu der am stärksten unterdrückten Schicht der Bevölkerung. Ausländerinnen haben es nicht nur schwerer, eine anständige Wohnung zu finden und Kontakte zu knüpfen, sondern sie haben auch die geringste Chance, eine Arbeitsstelle zu bekommen. Von



den beschäftigten Ausländerinnen sind rund 70 Prozent ungelernete Arbeitskräfte, nur 30 Prozent Angestellte. Wieviel Frauen in illegalen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, liegt im Dunkeln. Klar ist aber, daß die Arbeiten, die Ausländerinnen in der Mehrzahl ausüben, zu den schlechtbezahltesten gehören und unter schlechtesten Arbeitsbedingungen verrichtet werden. Bei der Einstellung erhalten deutsche Männer und Frauen den Vorzug, danach ausländische Männer. Im Juni 1991 waren 618 926 ausländische Frauen offiziell beschäftigt, 72 476 waren arbeitslos gemeldet. Das waren 37 Prozent aller ausländischen Arbeitslosen, aber ihr Anteil an den Beschäftigten betrug nur 33 Prozent.



Ein Grund für die Diskriminierung ist die schlechte Qualifikation der ausländischen Frauen. Von den arbeitslosen Ausländerinnen hatten September 1992 80 Prozent keine abgeschlossene Berufsausbildung (im Vergleich zu "nur" 45,4 Prozent der arbeitslosen deutschen Frauen). Als "Reservearmee" für wenig Geld verfügbar, werden Ausländerinnen von den Unternehmern gebraucht, um die Löhne allgemein niedrig zu halten.

Ausdruck der staatlichen Diskriminierung der Frau und des Rassismus ist die Ausländer- und Asylgesetzgebung. Ausländische Frauen erhalten nach Paragraph 19 des Ausländergesetzes erst nach 4 Jahren Ehegemeinschaft ein eigenes Aufenthaltsrecht. Sie werden nicht als eigenständiger Menschen gesehen, sondern als Anhängsel ihrer Ehemänner. Im Falle eines gewalttätigen Ehemannes zwingt sie das Gesetz, mindestens 3 Jahre mit ihrem Peiniger "auszuhalten", bevor sie ein eigenständiges Bleiberecht erhält. Hält sie es nicht so lange aus, droht ihr die Abschiebung. Ist der Mann seiner Ehefrau überdrüssig, kann er die Ehe auflösen, was zu einer Abschiebung der Frau führt. Er braucht nicht einmal Unterhalt zu zahlen.

Was die Frauen in ihrem Heimatland erwartet, interessiert die Behörden nicht. Z.B. werden Frauen, die Ehebruch begangen haben oder vergewaltigt worden sind, aus der Familie ausgestoßen, in Indien wird noch immer Witwenverbrennung praktiziert. Politisch verfolgte Frauen werden häufig als Oppositionelle gefoltert und zusätzlich vergewaltigt, weil sie Frauen sind. Die Unterdrückung als Frau bzw. die sexuelle Mißhandlung wird sowieso nicht als Asylgrund anerkannt.

Mit der Öffnung der Grenzen nach Osten hin und dem wirtschaftlichen Zusammenbruch Osteuropas ist Deutschland nun endgültig Nummer Eins im internationalen Frauenhandel geworden. Frauen können durch Kataloge bestellt und gekauft werden. Kosten: zwischen 9000 und 15 000 DM für die Vermittlung.

Zunehmend sind Osteuropäerinnen als Handelsobjekt gefragt. Von

Ausländische Frauen erhalten erst nach 4 Jahren Ehegemeinschaft ein eigenes Aufenthaltsrecht. Mit einem gewalttätigen Ehemann müssen sie es "nur" 3 Jahre aushalten.

Eine Asiatin wird als "treu, anpassungsfähig und anspruchslos" beschrieben; eine Brasilianerin als "verführerisch und sanft". Um dem Übel eine Krone aufzusetzen, wird eine Polin angepriesen: "Für praktische Nutzung geeignet, besonders in der Landwirtschaft"

den Frauen, die in Nordrhein-Westfalen vermittelt werden, kommen fast 50 Prozent aus Osteuropa.

Die Grenzen zwischen Heiratsvermittlung und Prostitution sind fließend. Die Frauen sind meistens nicht in der Lage, ihre Familie in der Heimat zu ernähren und sehen sich so gezwungen, einen Mann aus einem entwickelten Industrieland zu heiraten, um so das notwendige Geld zu bekommen. Die Männer können "bei Nichtgefallen" die Frauen zurückgeben, auch nach sexuellem Mißbrauch. Ohne Paß und meist ohne Geld sind sie dann Händlern und

Polizei ausgeliefert. Wenn sie nicht innerhalb von 3 Monaten (Dauer des Touristenvisums) wieder heiraten, werden sie abgeschoben. So ist der Abstieg in die Prostitution fast vorprogrammiert.

Um diese Mißstände zu beseitigen und Verbesserungen für ausländische Frauen zu erkämpfen, lauten unsere Forderungen:



- ★ *Abschaffung von Asyl- und Ausländergesetzen*
- ★ *Uneingeschränktes Bleiberecht für alle ausländischen Frauen*
- ★ *Abschaffung des Touristenvisums, offene Grenzen für alle*
- ★ *Ein Kindergartenplatz für alle ausländischen Kinder*
- ★ *Kostenlose Sprachkurse als Angebot für alle AusländerInnen, die tagsüber stattfinden, damit Frauen daran teilnehmen können*
- ★ *Finanzielle Unterstützung für alle erwachsene AusländerInnen, die hier einen Schulabschluß erwerben wollen*
- ★ *Keine Diskriminierung von ausländischen Kindern aufgrund ihrer Religion, vielmehr Abschaffung des Religionsunterrichts in den Schulen*
- ★ *Genügend Frauenhäuser mit Dolmetscherinnen für ausländische Frauen, die einem gewalttätigen Partner entkommen wollen*

Türkische Frauen

Sie sind die größte Gruppe von ausländischen Frauen (1990: 745 400). Ihre Probleme treffen ähnlich oft auch für Frauen anderer Nationalitäten zu. Die folgenden krassen Beispiele sind nicht unbedingt typisch, sollen aber die Schwierigkeiten von türkischen Frauen konkret verdeutlichen.

Ein Grund für den schweren Stand als türkische Frau in Deutschland ist die Herkunft vieler türkischer Arbeitskräfte, die in den 50er und 60er Jahren nach Deutschland geholt wurden, aus dörflichen und rückschritt-

lichen Gebieten. Durch die Isolation und den damit verbundenen Ängsten und Unsicherheiten wurde und wird oft an den Frauen- und Männerbildern festgehalten, die die türkischen Mädchen von ihren Eltern beigebracht bekamen, welche heute in den türkischen Metropolen als überholt angesehen werden. Für die Kinder dieser Generation von Emigranten öffnet sich daher ein oft unüberwindlicher Graben zwischen der Kultur ihrer eigenen Eltern und der, in der sie aufgewachsen sind.



Das kann für türkische Mädchen und Frauen Folgen haben: Vor lauter Angst, sie könnten ihr Ehre mit der unehelichen Entjungferung der Tochter vor den Landleuten verlieren, ergreifen solche Väter Maßnahmen, die von Ausgehverbot bis zu Wahnsinnstaten (z.B. die Scheide zuzunähen) reichen. Dabei bleibt die Einstellung der Töchter zum Sex allgemein ungeachtet. Menschen, die davon ausgehen, daß eine junge Frau entjungfert ist, die nach zehn Uhr abends nach Hause kommt, können sich erst recht nicht vorzustellen, daß ein unbefangener Umgang mit sexuellen Beziehungen zur Entwicklung zu einem selbstbewußten Menschen gehört.

Es ist also egal, wie sich die Töchter letztendlich entwickeln; Hauptsache, sie bringen ihre Jungfräulichkeit in die Ehe. Jungen türkischen Männern dagegen ist fast alles erlaubt, oft wird sogar ihr Auflehnen gegen die Moral der Eltern als Beweis ihrer Männlichkeit dargestellt. Dagegen bleibt eine türkische Frau fast immer solange das Kind ihrer Eltern, bis sie die Frau eines Mannes wird.

Immun gegen Faschismus?



Rechtsextremismus galt bis vor kurzem als eine mÄnnerspezifische Erscheinung. Bisher wurden Frauen gegenÄber faschistischen Parolen als weitgehend immun eingestuft. Dabei gibt es eine zunehmende Zahl aktiver MÄdchen und Frauen in rechtsextremen Kreisen, die eine relativ kleine Minderheit darstellt. Dennoch darf diese Entwicklung nicht einfach abgetan werden. Allerdings ist die Annahme rechten Gedankenguts durch Frauen zwar eine extreme, aber nur eine mÄgliche Ausdrucksform fÄr die WidersprÄchlichkeiten der eigenen Lebenssituation. Andere, wesentlich unauffÄlligere Reaktionen sind Resignation, RÄckzug in die Familie, etc.

Leider existieren kaum Untersuchungen Äber Motive dieser Frauen und ihren Organisationsgrad, so daÄ es schwierig ist, das tatsÄchliche AusmaÄ der UnterstÄtzung rechtsradikaler Parteien einzuschÄtzen. Allerdings wiesen rechtsextremistische Parteien wie DVU, NPD oder Republikaner bei Kommunal-, Landtags- und Europawahlen bereits Ende der 80er Jahre einen konstanten Frauenanteil von 30 Prozent auf. Aber bei den letzten Europawahlen wÄhlten 4,9 Prozent aller Frauen die Republikaner. Jedes 5. REP-Mitglied ist eine Frau ("taz", 28.1.94).

Das spezifische Frauenbild der Rechten zu beschreiben, ist nicht mÄglich, denn es gibt nicht die rechtsextreme Ideologie. Die unterschiedlichen Organisationen haben abweichende Vorstellungen.

Ziel der "Neuen Rechten" (REP; DVU; FAP) ist die Errichtung einer "neuen" nordeuropÄischen Gesellschaftsordnung mit traditionellen Normen und Werten. Dieses Wertesystem basiert auf der rechten Ideologie der "natÄrlichen" Ungleichheit der Menschen. Dies ist auch wesentlich fÄr ihr geschlechtsspezifisches RollenverstÄndnis. Sie behaupten, es gÄbe eine Herren- und eine minderwertige Rasse. Allein durch die Geburt wird die ZugehÄrigkeit zu einer dieser Rassen bestimmt. Ebenso behaupten die Rechten, es gÄbe naturgegebene Unterschiede bei Mann und Frau hinsichtlich ihrer FÄhigkeiten. Sie argumentieren, daÄ Frauen von Natur aus fÄr Familie und Kinder zustÄndig sind, anstatt fÄr die Karriere. Der Ausgangspunkt ist also die "Ungleichheit" der Menschen und deshalb kann es keine allgemeingÄltigen Rechte und Freiheiten fÄr alle

Menschen geben. Hier wird deutlich, daß Rassismus und Sexismus gleiche Wurzeln haben.



Die Frauen- und Familienpolitik ist entscheidend. Hier haben sie folgende Vorstellungen: Nordeuropäische Frauen dürfen nur noch mit nordeuropäischen Männern eine Familie gründen. Um aber Frauen dafür zu gewinnen, muß es eine Rückbesinnung auf die Funktion der Familie und die "angeborene" Rolle der Frau in der Gesellschaft geben.

Die der FAP nahestehende, nationalsozialistische "Deutsche Frauenfront" (DFF) verfolgt in ihrem monatlichen "Mädelbrief", eine noch radikalere Blut- und Bodenideologie. So proklamiert sie eine "Rückbesinnung" auf die Familie als die natürliche Keimzelle der Gesellschaft. "Eine Ehe kann sich aber nur dann aufbauen, wenn Mann und Frau in ihrem Bund die natürliche Ordnung sehen, die auf Anerkennung der Verschiedenheit von Mann und Frau beruht. Will man eine Gleichstellung beider Geschlechter erzwingen, so verstößt man nicht nur gegen ein menschliches Gesetz, sondern gegen eine höhere Ordnung..."

Interessanterweise sind alle faschistischen Zusammenhänge und Organisationen in der Regel von Männern dominiert. Die Gründe hierfür liegen einerseits in der geringen Akzeptanz von Frauen. Bei Skinheads oder Hooligans werden Frauen höchstens als "Bräute"

geduldet. Andererseits ist die Gewalt der stärkste Integrationspunkt bei diesen Gruppen. Die meisten Frauen lehnen aber die personelle Gewalt als Möglichkeit der gesellschaftlichen Konfliktlösung strikt ab. Von 100 fremdenfeindlichen Straftaten in Nordrhein-Westfalen wurden nur 8 von Frauen begangen ("taz", 28.1.94). Stattdessen befürworteten Frauen eher autoritäre staatliche Maßnahmen wie hartes Durchgreifen bei der Bekämpfung von Kriminalität oder bei der "Ausländerrückführung".

Warum fühlen sich einige Frauen von rechtsradikalen Programmen und Parteien angesprochen? Die Realität, die sie täglich erleben, stößt sie auf einen großen Widerspruch. Während ihr Bildungsniveau und ihr Anspruch auf unabhängige Lebensgestaltung gestiegen ist, sind die Un-

Aus dem alten Parteiprogramm der Republikaner von 1987:

"Frau und Mann sind im Falle gleicher Bedingungen und Anforderungen trotz ihrer Wesensunterschiede von gleichwertiger Tüchtigkeit im Leben und Beruf. Es ist jedoch insbesondere der Frau gegeben, durch Wärme und Hingabe ein Klima der Geborgenheit zu schaffen, in welchem Familie und Kinder gedeihen können. Hier liegt die besondere und von keinem "Hausmann" oder Kollektiv erfüllbare Berufung der Frau". (Aus wahltaktischen Gründen sind diese Formulierungen im neuen Parteiprogramm nicht enthalten, denn es war erklärtes Ziel, vor allem den Frauenanteil unter den Wählern zu erhöhen).



gleichheitsverhältnisse zwischen den Geschlechtern bestehen geblieben. So werden sie weiterhin überwiegend in sogenannten "frauenspezifischen" Berufen mit niedrigerer Bezahlung und höherem Arbeitsplatzrisiko ausgebildet. Frauen bleibt nun die Wahl zu versuchen, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, was letztlich zu einer Begrenzung beruflicher Perspektiven führt. Sonst bleibt nur die Anpassung an die nach männlichen Verhaltensmustern ausgerichteten Erwerbsarbeit bzw. letztlich der Verzicht auf Kinder. Bei Berufstätigkeit mit Familie ist der Druck dann oft so groß, daß Frauen sich resigniert in die Familie und Mutterrolle zurückziehen. Entscheiden sich Frauen nicht "freiwillig" zu diesen Wegen, wird ihr Selbstvertrauen und ihr Selbstwertgefühl in Mitleidenschaft gezogen.

"Wir sind dazu da, dem Mann das Leben schön zu machen." "Die holen die ganzen Neger rein." "Der Schönhuber gefällt mir, der ist für uns Deutsche und gegen Ausländer" "Bei den anderen Parteien wird die Frau doch nur wie ein besserer Mann behandelt." Diese und ähnliche Äußerungen machten Frauen gegenüber der Zeitschrift Brigitte. Sie sind aktive Mitglieder der Partei "Die Republikaner".

Solche Erfahrungen führen natürlich nicht automatisch zu einer rechtsextremen Orientierung, bieten den Rechten aber Ansatzpunkte für ihre frauenfeindliche Familienpropaganda: Den Frauen, die eingezwängt in der Kleinfamilie, gesellschaftlich mißachtet und materiell bestraft, sich zu schwach fühlen, allein gegen ihre Situation zu kämpfen, könnte diese Propaganda neues Selbstwertgefühl vermitteln.

Um Frauen tatsächlich immun gegenüber den rechtsextremistischen Wahrheitsverdrehern zu machen, müssen die Widersprüche im Leben der Frauen beseitigt werden. Voraussetzung dafür ist die Orientierung der Produktion an den Bedürfnissen der Menschen und nicht am Gewinn einzelner Unternehmer. Wenn die Kindererziehung und die Hausarbeit nicht mehr an den Frauen hängen, sondern weitgehend in öffentlicher Hand liegen, und wenn Frauen und Männer in jeder Hinsicht gleichberechtigt sind, dürfte die auf Ungleichheit basierende Ideologie der Nazis keinen Anreiz mehr für Frauen bieten.

- ★ *Eine kämpferische antifaschistische Organisation kann Frauen, die sich von den Neo-Nazis angesprochen fühlen, eine Alternative zur rechtsradikalen Szene bieten, wenn ihr Programm soziale Forderungen zur Beseitigung der Benachteiligung der Frauen beinhaltet*
- ★ *Frauen und Männern müssen für eine gleichberechtigte Gesellschaftsordnung ohne Klassenunterschiede und Ausbeutung gemeinsam kämpfen*
- ★ *Weg mit dem Kapitalismus als Nährboden für Rassismus und Sexismus!*



Wir schlagen zurück!

Alle Fortschritte, die in den letzten 30 Jahren erkämpft worden sind, stehen jetzt auf dem Spiel. Die Zeiten, in denen eine gute Konjunktur den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung steigen ließ, sind vorbei. Doch sogar im Aufschwung der 80er Jahre sank die Arbeitslosigkeit nie unter 2 Millionen, obwohl neue Arbeitsplätze, gerade für Frauen, gleichzeitig geschaffen wurden. Das allein genügt als Beweis für die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems, die Probleme zu lösen. In der Krise müssen wir, vor allem wir Frauen, umso mehr dranglauben. Weitere 600 000 Menschen werden ihren Arbeitsplatz in diesem Jahr verlieren, fast 6 Millionen sind schon arbeitslos.

Doch nicht nur die Arbeitslosigkeit bedrückt uns. Viele wohnen in beengten Verhältnissen, können die hohen Mieten nicht bezahlen, haben gar kein Dach über dem Kopf. 4,2 Millionen Menschen lebten 1993 von der Sozialhilfe, viele davon alleinerziehende Mütter mit Kindern. Und gerade Frauen mit Kindern machen sich Sorgen um die Zukunft: Werden ihre Kinder eine vernünftige Ausbildung erhalten, werden sie bei

der zunehmenden Vergiftung unserer Umwelt gesund aufwachsen?

In dieser Broschüre haben wir Forderungen aufgestellt, deren Umsetzung notwendig ist, um unsere dringendsten Probleme zu lösen und uns allen eine sichere Zukunft zu geben. Die Schlüsselfrage ist, wer soll das alles bezahlen?

Wir leben im drittreichsten Land der Welt. 1992 hatten die Unternehmer noch 1670 Milliarden DM auf der hohen Kante. Ihre "Gewinne" beziehen sie aus den mit unserer Arbeitskraft hergestellten Waren und Dienstleistungen. Da aber die Wirtschaft in den Händen weniger privater Eigentümer und Banken liegt, kann eine kleine Minderheit über riesige Geldmengen verfügen, die die Mehrheit der Bevölkerung dringend braucht. Die großen Konzerne, Versicherungsgesellschaften und Banken müssen daher enteignet und dem Staat überführt werden, damit die Mehrheit über das Reichtum im Interesse aller verfügen kann.

Das Profitsystem bedeutet eine Menge Verschwendung – an Geld, Technologie und Arbeitskraft. 1991 wurden z.B. 41,3 Mrd. DM allein für Werbung ausgegeben. Andererseits "kostet" ein/e Arbeitslose/r den Staat 45 000 DM im Jahr. Mit diesen Summen könnten ohne weiteres die notwendigen 2,5 Millionen Wohnungen gebaut werden, 600 000 Kindergartenplätze geschaffen und die öffentlichen Verkehrsmittel ausgebaut und zum Nulltarif gefahren werden. Allein die Umsetzung dieser Programme würde Millionen von Arbeitsplätzen schaffen. Dafür ist aber eine gesamtgesellschaftliche Planung nötig. Um zu verhindern, daß die Planwirtschaft nicht in eine Diktatur wie in der ehemaligen DDR ausartet, ist die aktive Beteiligung der Bevölkerung auf allen Ebenen der Gesellschaft notwendig. Wir wollen keinen Stasi-Staat, sondern eine Demokratie von unten, den Sozialismus.

Wir meinen, daß der Kampf um unsere berechtigten Forderungen zwar im Kapitalismus beginnt, aber nicht dort stehenbleiben kann. Wenn die Wirtschaft in privater Hand und der Profit der Motor des Systems bleibt, werden alle Errungenschaften immer wieder in Frage gestellt. Deshalb kann unser Kampf um Gleichberechtigung letztlich nur den Kampf um eine sozialistische Gesellschaft bedeuten.

Das bedeutet aber auch, daß Frauen und Männer gemeinsam kämpfen müssen, denn als ArbeitnehmerInnen haben sie die gleichen Interessen gegenüber den Unternehmern. Solange Frau gegen Mann, Deutsche gegen Ausländer, Jung gegen Alt gegeneinander ausgespielt werden kann, kommt keine/r zu seinem/ihrer Recht und niemand ist frei. Die Gewerkschaften mit ihren 11 Millionen Mitglieder sind die Kraft, die Unternehmer und Regierung in die Knie zwingen kann.

3,2 Millionen Frauen in Ost- und Westdeutschland sind gewerkschaftlich organisiert. Das ist einerseits eine ganze Menge, und es gibt viele Beispiele für erfolgreiche Frauenkämpfe (z.B. die "Heinze-Frauen", die

1981 Lohngleichheit bei übertariflichen Leistungen erstritten hatten oder die "Bilka-Frauen", die 1986 die betriebliche Altersversorgung für Teilzeitbeschäftigte erkämpft hatten). Die "Kroschu-Frauen" aus Witten kämpfen schon seit 10 Jahren vor Gericht für ihre Höhergruppierung – obwohl der Betrieb schon längst dichtgemacht hat! Viele haben außerdem eine große Rolle bei den Arbeitskämpfen ihrer Männer gespielt, indem sie Solidaritätskomitees gegründet und in der Öffentlichkeit für Unterstützung gesorgt haben. Bekannt sind hier vor allem die Stahlarbeiterfrauen Rheinhausens oder die "Sophia Jacoba"-Frauen aus dem Aachener Kohlrevier.

Andererseits ist nur jede vierte Arbeitnehmerin in einer Gewerkschaft. Viele fühlen sich offensichtlich nicht angesprochen, vielleicht weil niemand sie gefragt hat, vielleicht weil ihnen die Gewerkschaften männerdominiert und träge vorkommen. In der Tat sind Frauen auf allen Ebenen der Gewerkschaften unterrepräsentiert. 70 Prozent der HBV-Mitglieder sind Frauen, aber der Vorstand ist überwiegend männlich. Doch das Geschlecht allein ist nicht das Problem. Wenn die Gewerkschaften als kämpferische Organisationen auftreten würden, könnten sie Frauen scharenweise als Mitglieder gewinnen. Aber sie müssen ihnen die Perspektive geben, daß es sich lohnt, aktiv zu werden. Es wird sich erst dann etwas an den männlichen Strukturen in den Gewerkschaften ändern, wenn Frauen sich einmischen. Dazukommt noch, daß viele Frauen (und Männer) sehen, daß die Spitzenfunktionäre ein Spitzengehalt beziehen und von daher kein Interesse daran haben, dieses System zu ändern. Wir meinen, daß sie nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn bekommen sollten, damit sie sich von uns nicht unterscheiden. Gleichzeitig müssen die Gewerkschaften demokratisiert werden, damit der Wille der Basis für die FunktionärInnen bindend ist.

Der Kampf um Gleichberechtigung und ein besseres Leben für uns alle ist damit verbunden, die Gewerkschaften in diesem Sinne umzukrempeln. Doch die SPD dürfen wir gerade im Wahljahr 94 auch nicht aus der Verantwortung lassen! Arbeitende Frauen und Männer brauchen dringend den politischen Wechsel. Die Regierung der Reichen muß weg! Aus ihrer Tradition heraus (gerade, was den Kampf um Frauenrechte angeht!) ist die SPD vielmehr den Interessen der ArbeitnehmerInnen verpflichtet. Doch die heutige SPD wird sich nicht ohne Druck von unten für unsere Forderungen einsetzen. Wir werden sie lautstark daran "erinnern" müssen.

Das Streben der Frauen nach Gleichberechtigung bedeutet eine riesige Menge zusätzlicher Arbeitskraft für die Gesellschaft. Doch die Gesellschaft hat keine Verwendung für uns und schickt uns nach Hause. Schlagen wir jetzt zurück! Wenn dieses System uns nicht gebrauchen kann, brauchen wir es auch nicht mehr!

Nachbestellungen...

... sind jederzeit möglich! Falls ihr Interesse habt und z.B. in Eurer Antifa-, Gewerkschafts-, Juso-, SchülerInnen- oder Sonstwie-Gruppe über unser Frauenprogramm diskutieren wollt, gewähren wir bei Bestellung von 10 oder mehr Broschüren 20 Prozent Rabatt. Der Bestellung müßt ihr allerdings ein Scheck oder Überweisungsbeleg beilegen, da wir keinen Rechnungen hinterherlaufen können. Politische Arbeit finanzieren wir ansonst nur über Spenden (natürlich nicht von Firmen...) – findet ihr unsere Broschüre gut? Dann helft uns, in ihrem Sinne zu arbeiten und schickt uns eine Spende!

wir bestellen hiermit _____ Exemplare dieser Broschüre und haben das Geld bereits auf das unten stehende Spendenkonto überwiesen. Wir spenden gleichzeitig _____ DM.

Empfänger: Redaktion VORAN

Kontonummer: 2500 59-430

Postbank Essen, Bankleitzahl 360 100 43

Mach mit bei VORAN!

- ich bitte um Zusendung von einer Probenummer der Zeitung VORAN und einer Liste weiterer Veröffentlichungen
- ich will Kontakt zu der nächstgelegenen VORAN-Gruppe aufnehmen, um gemeinsam für die politischen Ziele dieser Broschüre zu kämpfen (wir geben dann Deine Adresse an die VORAN-Gruppe weiter, die Dir am nächsten liegt)

Schickt alles an meine Adresse:

Name _____

Straße _____

Ort _____

Telefon _____

Ausschneiden oder kopieren und einsenden an:

Redaktion VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

Tel 02 21 / 13 45 04 oder 13 46 04 Fax 13 72 80



Frauenalltag in Deutschland



... heißt sich überall wehren zu müssen: Schlechte Bezahlung und zudem Belästigungen am Arbeitsplatz.



Alltag ist auch die doppelte Belastung durch Haushalt und Kinderbetreuung.



Gewalt droht ständig: ob abends auf der Straße oder zuhause mit einem gewalttätigen Mann.



Obendrein kommen die Angriffe vom Staat: Abtreibungsparagraph, Kürzung der Sozialleistungen, fehlende Kindergartenplätze, ewiger Kampf mit Behörden etc



und all das ist für Ausländerinnen doppelt hart, denn sie werden zusätzlich diskriminiert.



Nazis sind besonders frauenfeindlich - und doch finden sich Frauen in ihren Reihen!

Wir wollen unsere Benachteiligung nicht länger ertragen! Darum kämpft mit uns für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, Gewalt und Ungerechtigkeit!